



**Forschungsstelle Osteuropa Bremen
Arbeitspapiere und Materialien**

Nr. 63 – Dezember 2004

Westliche Förderprogramme in der Ukraine

**Einblicke in die europäisch-nordamerikanische Unterstützung
ukrainischer Reformbestrebungen seit 1991**

Von Andreas Umland

Mit einem Nachwort von Astrid Sahn

Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Nr. 63: Andreas Umland:

Westliche Förderprogramme in der Ukraine. Einblicke in die europäisch-nordamerikanische Unterstützung ukrainischer Reformbestrebungen seit 1991

Mit einem Nachwort von Astrid Sahm

Dezember 2004

ISSN: 1616-7384

Über die Autoren:

Dr. Andreas Umland war von September 2002 bis Dezember 2003 Fachlektor der Robert Bosch Stiftung an der Nationalen Taras-Ševčenko-Universität Kyiv. Seit Januar 2004 ist er Vertretungsdozent für russische und Osteuropastudien an der Universität Oxford und Research Fellow am St. Antony's College Oxford.

Dr. Astrid Sahm ist wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte der Universität Mannheim.

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Umschlag nach einem Kunstwerk von Nicholas Bodde

Die Meinungen, die in den von der Forschungsstelle Osteuropa herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

© 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa

Publikationsreferat

Klagenfurter Str. 3

28359 Bremen

Telefon: +49 421-218-3687

Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Internet-Adresse: <http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de>

Inhaltsverzeichnis

Vorwort: Einladung zu einer Diskussion	4
Einleitung	5
I. Die großen Regierungsprogramme	8
II. „Kleine“ Förderprogramme in der Ukraine	17
III. Empfänger und Auswirkungen westlicher Demokratieförderung in der Ukraine.....	26
IV. Schlussfolgerungen	37
<i>Astrid Sahm</i>	
Wie kann westliche Transformationsförderung ihrem Demokratisierungsanspruch gerecht werden? Anregungen nicht nur für deutsche Geber	40
Publikationen der Forschungsstelle Osteuropa	45
Email-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa	47

Vorwort: Einladung zu einer Diskussion

Der Autor bittet, diesen Text als *Arbeitspapier* im vollen Sinne des Wortes zu verstehen. Es handelt sich um den *Entwurf* einer fallstudienartigen Untersuchung zu den westlichen Förderprogrammen in der Ukraine. Es wird davon ausgegangen, dass der Versuch in diesem Stadium eine Reihe von verzerrenden und womöglich sogar irreführenden Darstellungen enthält. Der Autor bittet umso mehr darum, ihn über Kritik – sowohl stichpunktartige als auch ausführliche – zu informieren (andreas.umland@stanfordalumni.org). In einer endgültigen, zu überarbeitenden Publikationsversion des Berichts wird derartige Kritik so gut als möglich eingearbeitet und die Quelle der Berichtigung oder Ergänzung, so nicht anders gewünscht, gebührend erwähnt. Siehe dazu meine Verweise unten auf die Ergänzungen von Manja Posselt, die einen früheren Entwurf der Sektion über Massenmedien zur Begutachtung erhielt und nützliche Anmerkungen machte.

Sollte es eine ausreichende Anzahl ausführlicher Gegen- oder Zusatzdarstellungen ähnlich dem hier angefügten Nachwort von Dr. Astrid Sahn geben, wird angestrebt, derartige Texte in ihrer Gesamtheit in einem Buch zusammenzufassen. Für diesen Fall muss darum gebeten werden, die Repliken oder Ergänzungen der äußeren Form nach genau so wie den vorliegenden Bericht zu gestalten. Dies betrifft insbesondere die Gliederung, Transliteration, Zitationsweise sowie Tabellen- und Fußnotengestaltung. Auch sollten derartige zur Publikation bestimmte, ausformulierte Diskussionsbeiträge nicht weniger als 1.000 Wörter umfassen.

Ich möchte Dr. Heiko Pleines und Dr. Astrid Sahn herzlich für ihre nützlichen Anmerkungen zum Text danken. Für Fehldarstellungen oder -interpretationen bin ich jedoch allein verantwortlich.

Die Erstellung dieser Untersuchung wurde vom Lektorenprogramm der Robert Bosch Stiftung GmbH unterstützt. Siehe www.boschlektoren.de. Für alle hier gemachten Einschätzungen und insbesondere für Fehler sowie Fehlinterpretationen ist jedoch der Autor verantwortlich.

Andreas Umland, Oktober 2004

Einleitung

Diese Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass der Umfang der westlichen Förderung der Transformationsprozesse in der Ukraine seit 1991 nicht unerheblich war. Doch leiden sowohl die nichtstaatlichen als auch staatlichen Programme an konzeptionellen und organisatorischen Mängeln. Nachholbedarf besteht insbesondere bei der organisationenübergreifenden Dokumentation, Koordination und Evaluation der Implementierung verschiedener nationaler und internationaler Hilfsmaßnahmen. Bezüglich der Kooperation vieler in Kyiv vertretener westlicher Organisationen sind zwar eine ganze Reihe mehr oder minder etablierter Partnerschaften und Kommunikationskanäle – insbesondere zwischen einigen großen Förderinstitutionen, wie der Weltbank, der European Bank for Reconstruction and Development (EBRD), den verschiedenen UNO-Programmen und der United States Agency for International Development (USAID) – auszumachen; letztere Agentur schätzte 2002 sogar ein, dass „die Koordination der Förderer in der Ukraine exzellent [ist]“.¹ Die hiesige Untersuchung jedoch ergibt, dass das Potenzial an sinnvoller Zusammenarbeit zwischen themen- und zielverwandten, staatlichen und nichtstaatlichen, anglophonen und nichtanglophonen Programmen bei weitem nicht ausgeschöpft ist. Eine Begründung hierfür ist, dass einige der in der Ukraine aktiven Organisationen und Institutionen ihren Mitteleinsatz nicht oder nur begrenzt öffentlich darstellen. Somit mangelt es an einer hinreichend umfassenden Informationsgrundlage für sinnvolle Programmkoordination.

Darüber hinaus – und womöglich damit im Zusammenhang – mangelt es an kritischer Reflektion der Förderer und Sponsoren über ungewollte Effekte ausländischer Eingriffe in die ukrainische Gesellschaft. Letzteres gilt für solche Auswirkungen westlicher Hilfsbemühungen wie „Brain Drain“, Gehalts- und Preisverzerrungen im öffentlichen Leben, die Stützung partiell demokratiefeindlicher Strukturen oder die Entfremdung zivilgesellschaftlicher Organisationen von der einheimischen Bevölkerung. Letzterer Aspekt wurde bereits in einer ukrainespezifischen Studie von Stefanie Bailer thematisiert und muss daher hier nicht detailliert besprochen werden.²

Obwohl all diese Probleme unten eine Rolle spielen werden, ist dieser Bericht kein Beitrag zu einer grundsätzlichen Kritik der westlichen Transformationsförderung in der ehemaligen Sowjetunion. Derartige Fundamentalkritik ist in den 1990er Jahren bereits ausführlich, in mehr oder minder guter Qualität von einer Reihe meist US-amerikanischer Autoren geleistet und im Anschluss – teilweise heftig – diskutiert worden.³ Dort ging es um konzeptionelle Grundfragen und prinzipielle Richtungsentscheidungen bei der Umsetzung der großen Hilfsprogramme einzelner westlicher Staaten sowie der westlichen oder westlich dominierten Organisationen wie des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank, G-7, Europäischen Union (EU) oder der

¹ USAID/Ukraine Country Strategic Plan for FY 2003–2007. – Kyiv: USAID Regional Mission for Ukraine, Belarus and Moldova 2002, <http://www.usaid.kiev.ua/arc.shtml>, S. 11.

² Stefanie Bailer: Förderung von Zivilgesellschaft und Drittem Sektor? Eine Untersuchung der Demokratieförderung der Europäischen Union in der Ukraine und ihrer gesellschaftlichen Wirkung, in: Markus Kaiser, Hg.: WeltWissen. Entwicklungszusammenarbeit in der Weltgesellschaft. – Bielefeld: transcript-Vlg., S. 107–132.

³ Siehe zum Beispiel Charles Flickner: The Russian Aid Mess, in: The National Interest, 38/1994–95, S. 13–18 (dieser Artikel bezieht sich trotz seines Titels auch auf die Ukraine); Janine Wedel: Collision and Collusion. The Strange Case of Western Aid to Eastern-Europe, 1989–98. – New York: St. Martin's Press 1998; Roger E. Kanet/J.C. Sharman: Internationale Einflüsse auf den Demokratisierungsprozess in Osteuropa, in: Osteuropa, 11. Jg., 12/1998, S. 1069–1085; Thomas Carothers: Aiding Democracy Abroad. The Learning Curve. – Washington, DC: Carnegie Endowment 1999; Stephen Cohen: Failed Crusade. America and the Tragedy of Post-Communist Russia. – New York: Norton 2000; Nigel Gould-Davies/Ngaire Woods: Russia and the IMF, in: International Affairs (London), 75. Jg., 1/2000, S. 1–22; Michael Cox/Takashi Inoguchi, Hg.: American Democracy Promotion. Impulsions, Strategies and Impacts. – Oxford: Oxford University Press 2000. Siehe jüngst auch bezüglich Rußland Sarah Mendelson: Democracy Aid and Political Transition in Russia. Between Success and Failure, in: International Security, 25. Jg., 4/2001, S. 68–106; dies.: Building Democracy in Contemporary Russia. Western Support for Grassroots Organizations. – Ithaca, NY: Cornell University Press 2002.

EBRD. Diese Kritik ist zwar insofern auch für den hiesigen Bericht relevant, als sich eine Reihe der dort identifizierten konzeptionellen Schwächen großer einzelstaatlicher und internationaler Programme auch in der Arbeit der kleineren öffentlichen und privaten Förderer wiederfinden. Doch ist die Diskussion um Grundsatzfragen schon so weit fortgeschritten, dass sich nunmehr auf organisatorische Aspekte der Durchführung einmal aufgelegter Förderprogramme konzentriert werden kann.

Unten wird häufig das Attribut „effektiv“ zur Einschätzung bestimmter Organisationen verwendet. Damit ist hier gemeint, dass der betreffende Akteur seine ihm zur Verfügung stehenden Mittel *wirksam* einsetzt und damit auch tatsächlich *diejenige* Wirkung erzielt, die beabsichtigt war. In dieser oder jener Form wirken zwar alle hier erwähnten Programme auf die Ukraine ein, ob der Wirkungsgrad den eingesetzten Mitteln angemessen ist und alle Resultate der Einwirkung tatsächlich den Zielstellungen entsprechen, ist jedoch manchmal schwer einzuschätzen.

Einige Grenzen dieses Schätzungsversuchs

Der Inhalt und die Schlussfolgerungen des hier vorgestellten Berichts leiden nicht nur an natürlichen Beschränkungen wie der Subjektivität des Autors, der Masse der relevanten und nur bedingt komprimierbaren Informationen, dem Mangel an investierter Zeit und einer gewissen Zufälligkeit bezüglich des verwendeten Materials sowie der gemachten Beobachtungen und konsultierten (oder zu Unrecht ignorierten) Personen. Der bereits oben sowie in den Schlussfolgerungen nichtsdestoweniger unternommene Versuch einer Gesamteinschätzung wird auch durch die oben angedeutete unsystematische beziehungsweise fehlende Eigenpräsentation der konkreten Projektarbeit und insbesondere des Finanzaufkommens einiger westlicher Programme im Land behindert. Hier kann deshalb nur ein unvollständiges, durch Selektionsbias bei der Datenbeschaffung mehr oder minder verzerrtes Bild gezeichnet werden.

Der folgende Bericht wird daher ausdrücklich in der Hoffnung auf zahlreiche Kommentare, Ergänzungen, Richtigstellungen und Korrekturen durch – vielleicht ja wesentlich – besser informierte Personen inner- und außerhalb der Ukraine vorgestellt. Allerdings wird auch eine durch derartiges Feedback womöglich grundlegend verbesserte Endversion dieses Berichtes letztlich nicht voll befriedigen. Dafür ist die Anzahl, Vielfalt und Spezifität der westlichen Programme zu hoch. Im günstigsten Fall kann darauf gehofft werden, dass weitere ähnliche, auf Synthese vieler Informationen ausgerichtete Berichte anderer Autoren im Endeffekt ein Gesamtbild liefern, welches den tatsächlichen Umfang und Einfluss westlicher Hilfs- und Kooperationsprogramme in der Ukraine zumindest in groben Zügen realistisch wiedergibt.

Quellenlage

Ungeachtet obiger Kritik gibt es eine Vielzahl potenziell wichtiger Primär- und Sekundärquellen für die Zusammenstellung eines Berichtes, wie er unten versucht wird. Hier konnte nur ein kleiner Teil der relevanten Schriftstücke verwendet und ein relativ schmaler Kreis an kompetenten Personen interviewt werden.⁴ Ein Problem bei der Erstellung des Überblicks war, dass die

⁴ Zur Illustration eine willkürliche Auswahl potenziell relevanter Berichte, Analysen und Broschüren zu westlichen Osteuropa- und GUS-Fördermaßnahmen in chronologischer Reihenfolge: European Commission, Hg.: The European Union's PHARE and TACIS Democracy Programme 1997. Guidelines. – Brüssel: 1997; Civic Education Project, Hg.: Annual Report 1996–1997. – o.O.: 1998; Horst Fliege/Günter Weiß: Schüleraustausch mit Russland und Osteuropa. Erfahrungen, Probleme, Perspektiven. – Berlin: Stiftung West-Östliche-Begegnungen und Thüringische Freundschaftsgesellschaft e.V. 1998; Elisabeth Ekkart-Ihmels, Hg.: Handbuch Russland-, Ukraine-, Belarus-, GUS-Kontakte. Institutionen–Projekte–Initiativen. 2. Aufl. – Osnabrück: fibre 2002; Civic Education Project, Hg.: Directory. Academic Year 2002/2003. – Budapest: o.J.; Deutscher Akademischer Austauschdienst, Hg.: Studium und Forschung in Deutschland. Förderungsmöglichkeiten für ausländische Hochschulangehörige. – Bonn: 2002; Robert Bosch Stiftung GmbH, Hg.: Bericht 2002. – Stuttgart: 2003.

Zahl der ukrainespezifischen schriftlichen Darstellungen von Fördermaßnahmen und deren Umfang – im Gegensatz zu Förderberichten, die mehrere oder alle von der jeweiligen Organisation geförderten Länder betreffen – bisher gering ist. Landesspezifische Überblicke zu Kooperationsprogrammen sind scheinbar bisher am ehesten von verschiedenen Institutionen deutschsprachiger Länder zur Verfügung gestellt worden.⁵

Dabei sticht insbesondere die umfassende Überblicksdarstellung zu den deutsch-ukrainischen Wissenschafts- und Kulturbeziehungen von Wilfried Gilge aus dem Jahre 2001 hervor, die aufgrund ihrer Breite für die Dokumentation der ukrainischen Beziehungen zu einem westlichen Staat bisher einmalig zu sein scheint.⁶ Erwähnenswert ist auch ein vom Kyiver Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung erstelltes Handbuch zum Engagement deutscher Organisationen mit oder in der Ukraine, welches ebenfalls einen selten umfangreichen und nützlichen Überblick über die Aktivität eines bestimmten Landes in der Ukraine bietet.⁷ Ein weiterer, in deutscher Sprache vorliegender wichtiger Beitrag in diesem Zusammenhang ist die erwähnte empirische Analyse von Stefanie Bailer zu den gewollten und ungewollten Effekten der EU-Förderung des ukrainischen Dritten Sektors auf die Qualität der Zivilgesellschaft der Ukraine.⁸

Obwohl Deutschland somit womöglich zu denjenigen Ländern gehört, die ihre Förderung – nach der Literaturlage zu urteilen – bisher am genauesten auf die Bedürfnisse der Ukraine zugeschnitten haben, war der finanzielle Umfang der deutschen Förderung zum Moment der Erstellung dieses Berichtes wenig transparent. Während die öffentlichen Rechenschaftsberichte nicht nur der großen internationalen Organisationen, sondern auch der maßgeblichen US-amerikanischen Förderer oder der Schweizer Agentur für Entwicklung und Kooperation, wie unten noch gezeigt wird, dankenswert exakte Zahlenangaben über ihren Mittelumfang und -einsatz vorlegen,⁹ sind in veröffentlichten deutschen Berichten derartige Informationen nur selten zu finden. Allgemeinere Zahlenangaben werden auch von den deutschen Förderinstitutionen in ihren Rechenschaftsberichten gemacht. Doch schlüsseln diese und andere frei zugängliche Darstellungen bisher nur in wenigen Fällen ihre Mittelverwendung länderspezifisch auf. Inoffizielle Angaben wurden von einigen der interviewten deutschen Büroleiter in Kyiv nur zögerlich, unter Vorbehalten oder ungefähr beziehungsweise überhaupt nicht gemacht. Der Umfang der wahrscheinlich erheblichen jährlichen Förderung Deutschlands für die Ukraine bleibt daher trotz der an und für sich guten deutschen Literaturlage im Dunkeln und stützt sich auf Schätzungen des Autors, die in einer Tabelle unten zusammengefasst sind.

Zwar hätte dieser Bericht unter Umständen durch weitergehende Recherchen in den Berliner, Bonner und anderen Zentralbüros der relevanten staatlichen sowie halb- und nichtstaatlichen Institutionen und Organisationen präzisiert werden können. Derartige Versuche eines „Heraus-

⁵ Siehe z.B. Tatjana Terjoschina/Claus-Jürgen Roepke, Hgg.: Kyiv St. Katharinen – Kirche, Gemeinde, Glaube. Festschrift zur Wiedereinweihung der Kirche. – München: epvprint 2000; Bildungsmaßnahmen der Außenstelle Kyiv der Konrad-Adenauer-Stiftung 2001. – Kyiv: 2002; Konrad-Adenauer-Stiftung, Hg.: Ukraine. – o.O. o.J.; Stefan Estermann/Gisela Gibtner/Petra Götzenbrugger/Olena Gut/Christel Köhler/Doreen Schikorski/Andreas Wenninger/Thomas Zettler, Hgg.: Deutsch in der Ukraine 2002–2004. Deutschland-Österreich-Schweiz. – Kyiv: o.Vlg. o.J.; Konrad-Adenauer-Stiftung in der Ukraine 2002. – Kyiv: o.J.; Deutscher Akademischer Austauschdienst Büro Kyiv, Hg.: Stipendijni programmi DAAD dlja navčannja ta naukovo-doslidnoji roboti u Himeččyni. 4. Aufl. – Kyiv: 2002; ders., Hg.: Germanistik an Hochschulen in der Ukraine. Verzeichnis der Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer. – Kyiv: Alterpress 2003; Swiss Agency for Development and Cooperation, Hg.: Country Programme Ukraine 2002–2006. – Bern/Richterswil: SDC/seco/DR Druckerei 2003.

⁶ Wilfried Gilge: Dialog mit Defiziten. Die deutsch-ukrainischen Kulturbeziehungen – Bestandsaufnahme und Empfehlungen (= ifa-dokumente 2/2001). Erstellt und gedruckt mit Unterstützung der Robert Bosch Stiftung. – Stuttgart: Institut für Auslandsbeziehungen 2001.

⁷ Friedrich-Ebert-Stiftung, Hg.: Deutsch-ukrainische private Initiativen. – Kyiv: Zapovit 2002.

⁸ Bailer, Förderung von Zivilgesellschaft und Drittem Sektor?

⁹ International Renaissance Foundation, Hg.: Annual Report 2001. – Kyiv: 2002; Grant List, in: Eurasia News. Belarus-Moldova-Ukraine, 1/2002, S. 8; Swiss Agency for Development and Cooperation, Country Programme Ukraine 2002–2006, S. 25–41.

ziehens“ von Informationen aus den relevanten Stellen wäre jedoch aus zwei Gründen eine ambivalente Vorgehensweise gewesen. Zum einen wären die sich daraus ergebenden Einschätzungen der kontaktierten Stellen stark von der individuellen Reaktion der jeweils verantwortlichen Mitarbeiter auf meine Anschreiben oder Anrufe abhängig. Zum anderen würde die Gewinnung von Informationen über den Mitteleinsatz deutscher Akteure in der Ukraine auf eine solche Art und Weise dem Grundtenor der hier entwickelten Kritik widersprechen. Der Vorwurf, der einigen Organisationen und Institutionen hier gemacht wird, ist nicht der der Geheimniskrämerei oder gänzlichen Undurchsichtigkeit, sondern der, dass der *Zugang* zu relevanten Informationen erschwert ist.

Als deutscher Staatsbürger hätte ich gegenüber deutschen Ministerien, Stiftungen und weiteren Organisationen auf mein Informationsrecht verweisen können. Ich hätte auf diese Weise mit gewisser Sicherheit zumindest einige informative Auskünfte aus Deutschland erhalten; und die Verwendung dieser Informationen wäre zweifelsohne nützlich für diesen Bericht gewesen. Doch hätte dies das angesprochene Grundproblem der deutschen Ukrainehilfe weiter verschleiert: Hier wird keine prinzipielle Abwesenheit oder Unzugänglichkeit von relevanten Informationen behauptet, sondern kritisiert, dass diese nicht *unkompliziert abrufbar* beziehungsweise nicht hinreichend *übersichtlich, landesspezifisch* und *eindeutig dargestellt* sind. Während ich als Deutscher dieses Manko durch entsprechende Interventionen in Deutschland hätte teilweise ausgleichen können, stünden und stehen Nichtdeutschen – etwa Ukrainern – diesbezüglich kulturelle, sprachliche und juristische Barrieren im Wege. Daher ist dieser Bericht bewusst so aufgebaut, dass ich mich in meinen Einschätzungen meist auf öffentliche sowie aus oder in Kyiv relativ einfach zugängliche Quellen stütze. In einigen Fällen, in denen die Quellen nicht frei verfügbar sind oder ihr Inhalt unbefriedigend ist, thematisiere ich den Mangel an Öffentlichkeit, Zugänglichkeit, Umfang und Klarheit der Informationen.

I. Die großen Regierungsprogramme

Obwohl dieser Bericht sich in erster Linie an die kleineren öffentlichen und privaten Förderer, etwa die deutschen politischen und Industriestiftungen, wendet, muss zu Beginn auf die „Großen“, das heißt auf die millionen- und teilweise milliardenschweren staatlichen und internationalen Kredit- und Förderprogramme eingegangen werden. Sie sind für den Bericht in zumindest zweifacher Hinsicht relevant.

Zum einen decken diese Programme bestimmte Förderbereiche in eher umfassender Form ab. Ein Engagement kleinerer westlicher Organisationen im gleichen Feld wäre damit zwar keineswegs a priori Geldverschwendung; es müsste jedoch besonders stark „kontextualisiert“ werden. Das heißt, es müsste nicht nur an die Spezifika der Ukraine, sondern auch an die Nachbarschaft eines „großen“ Förderers in diesem Gebiet angepasst werden. Die Präsenz eines „großen“ Förderers könnte unter verschiedenen Umständen sowohl ein unüberwindliches Hindernis als auch eine besonders günstige Ausgangsbasis für das Engagement einer kleineren Organisation bilden.

Zum anderen ist der Eingriff der großen Organisationen in den betreffenden staatlichen oder zivilgesellschaftlichen Bereich durch den Einsatz großer Geldmittel meist wesentlich größer. Dadurch sind die oben erwähnten Verzerrungseffekte auch häufiger anzutreffen. Zum Beispiel wäre es möglich, dass potenzielle ukrainische Partner bereits von den „Großen“ mit erheblichen finanziellen Injektionen „verwöhnt“ worden sind. Relativ kleineren westlichen Organisationen mit ihren begrenzten Mitteln könnte es vor diesem Hintergrund schwer fallen, geeignete Interessenten für ihre „kleinen“ – das heißt vielleicht weit kosteneffektiveren, jedoch finanziell weniger intensiven – Projekte zu finden.

Die Bretton Woods Institutionen

Der IWF ist diejenige Institution, welche das wohl in Osteuropa bekannteste Instrument westlicher Einflussnahme darstellt. 1998 etwa bewilligte der IWF ein Kreditprogramm unter der Bezeichnung Extended Funds Facility, das der Ukraine im Zeitraum 1998–2001 Zugang zu Krediten in Höhe von US\$2,4 Milliarden bei Einhaltung bestimmter Bedingungen zusagte. Als der IWF einige Wochen vor Auslauf des Programms die Verhandlungen für weitere Kreditzusagen im Rahmen dieses Programms abbrach, verblieb allerdings knapp US\$1 Milliarde dieses Betrages ungenutzt.¹⁰

Eine weitere wichtige Förderorganisation, deren Foki sich inzwischen weitgehend mit denen der „kleinen“ Förderorganisationen überschneiden, ist die Weltbank. Bis vor einiger Zeit war die Weltbank nur teilweise in den klassischen Bereichen der westlichen Stiftungsarbeit wie Nicht-regierungsorganisationen und Hochschulwesen, sondern eher in der Makroökonomie und Investitionsförderung aktiv. Dies hat sich insbesondere unter ihrem letzten Präsidenten verändert.

Bis April 2002 hatte die Weltbank für die Ukraine Kreditzusagen in Höhe von ca. US\$3,2 Milliarden gemacht. Von diesem Betrag wurden netto ca. US\$2,4 Milliarden bis April 2002 ausgezahlt.¹¹ Für den Zeitraum 2004–2007 bewilligte die Bank am 23. Oktober 2003 ein Programm, das für die Ukraine technische Hilfe im Wert von US\$2,4 Milliarden bedeuten könnte.¹² Ziele dieses Weltbank-Programms sind die Verbesserung der sozialen Situation im Lande, Armutsreduzierung, Korrektur regionaler politischer Unausgewogenheiten und Förderung stabilen ökonomischen Wachstums. Zu den Schwerpunkten der Weltbankförderung gehören unter anderem die Unterstützung von Reformen im Bildungswesen, Rentensystem und Gesundheitswesen.

Die EBRD

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung hatte von der Aufnahme ihrer Tätigkeit in der Ukraine im Zeitraum 1994 bis 2002 insgesamt 57 Projektanträge mit einem Gesamtvolumen von ca. €2,54 Milliarden bewilligt, wobei die Verpflichtungen der EBRD bezüglich dieser Projekte 2002 bei ca. €1,41 Milliarden lagen, von denen bis 2002 €958,5 Millionen in Portfolios angelegt waren. Das Engagement der EBRD in der Ukraine nimmt circa 7% ihrer weltweiten Verpflichtungen ein, und die Bank charakterisiert sich als „größten und vielseitigsten Investor und Kreditgeber“ in der Ukraine.¹³ In einem USAID-Bericht von 2002 wird die Bank gar als – noch vor der Weltbank – „größte Geberorganisation in der Ukraine“ dargestellt.¹⁴

¹⁰ Strategy for Ukraine. Approved by the Board of Directors on 3 September 2002. – Kyiv: EBRD 2002, S. 36.

¹¹ Ebd., S. 37.

¹² Stephan Ladanaj: World Bank inks \$2.4 billion aid program, in: Kyiv Post, 30.10.2003, S. 18B.

¹³ Strategy for Ukraine, S. 6.

¹⁴ USAID/Ukraine Country Strategic Plan for FY 2003–2007, S. 10. Die Weltbank ist kein wirklicher „donor“, wie in diesem Bericht formuliert, sondern wohl eher ein „creditor“ oder „investor.“

Tabelle 1: Ungefähre Aufteilung der EBRD-Förderung für die Ukraine auf die Förderbereiche bis zum Jahr 2002.

Bereich	Betrag in Mio. €	ungefährer Anteil
Landwirtschaft	232,6	28%
Finanzinstitutionen	214,4	19%
Energiewirtschaft	184,6	16%
Transportwesen	158,4	14%
Naturreichtümer	86,2	7%
Industrie	77,1	7%
Telekommunikation	5,0	3%
Eigentum und Tourismus	28,3	2%
Stadtverwaltung	28,1	2%
Effektive Energienutzung	19,9	2%
Summe	1068,2	

Quelle: Strategy for Ukraine. Approved by the Board of Directors on 3 September 2002. – Kyiv: EBRD 2002, S. 7.

USAID

Das amerikanische Entwicklungshilfeministerium United States Agency for International Development (USAID) ist mit einem ungefähren jahresdurchschnittlichen Weltbudget von früher US\$10–12 Milliarden und einem Budget von ca. US\$8,6 Milliarden im Jahr 2003 ein weiterer großer westlicher Förderer.¹⁵ Die Entwicklungshilfe von USAID schließt, neben marktwirtschaftlichen Reformen, die Unterstützung von Demokratie, unabhängigen Medien, Rechtsstaatlichkeit und Zivilgesellschaft ein. Im Zeitraum von 1994–2003 stellte USAID insgesamt ca. US\$1,6 Milliarden für die Ukraine zur Verfügung.¹⁶ Die durchschnittliche von der US-Regierung – hauptsächlich via USAID – pro Jahr für die Ukraine zur Verfügung gestellte Summe beträgt inzwischen allerdings lediglich ca. US\$70 Millionen.¹⁷

Da die Darstellung der Aktivitäten von USAID in den Bereichen Investitionsförderung, kleine und mittlere Unternehmen, Landwirtschaft, Bürgerrechte, Demokratie, Transparenz und Bürgernähe von Verwaltungen sowie Soziales und Gesundheitswesen auf der Kyiver WWW-Seite der Agentur vorbildlich ist, müssen diese hier nicht mehr im Detail dargestellt werden.¹⁸ Zu bemerken wäre vielleicht, dass ein besonderes Augenmerk der Agentur in letzter Zeit die Entwicklung der Regionen der Ukraine ist. Ein neues, 2003 aufgelegtes Programm etwa unterstützt 50 Städte bei der Erarbeitung von Strategieplänen, Suche nach internen Finanzquellen und Verbesserungen der Kommunalleistungen.¹⁹

Gesonderter Erwähnung bedürfen auch einige „special objectives“ bzw. „program support initiatives“ der USAID, wie das Charkiv-Partnerschaftsprogramm, welches auf die Verbesserung

¹⁵ http://www.usaid.kiev.ua/news_full.shtml?p=175

¹⁶ Irina Ijušina: Kristofer Krauli [Christopher Crowley], in: Korrespondent. Žurnal dlja novoj epochi Ukrainy, 33(72)/2003, S. 12–13, hier S. 12.

¹⁷ Ebd., S. 13.

¹⁸ <http://www.usaid.kiev.ua/>

¹⁹ Ijušina, Kristofer Krauli, S. 13.

des Investitionsklimas, die Entwicklung von Geschäftsbeziehungen, die Ermutigung mittelständischen Unternehmertums und humanitäre Hilfe für die Charkiver Oblast abzielt.²⁰ Daneben ist die Polen-Amerika-Ukraine-Kooperationsinitiative (PAUCI) von USAID zu erwähnen.²¹ PAUCI versucht die Erfahrungen der relativ erfolgreichen Transformation und EU-Annäherung Polens für die Ukraine nutzbar zu machen. PAUCI fördert die Zusammenarbeit zwischen polnischen und ukrainischen NGOs, Ministerien, örtlichen Verwaltungen und Denkfabriken.²² Weitere Beispiele für interessante Initiativen von USAID ließen sich anführen und sind ausführlich auf der hervorragenden WWW-Seite der Organisation dokumentiert.²³

Zur Bewertung dieses wichtigen und generell effektiven Förderers sind zwei einschränkende Anmerkungen zu machen. Zum einen handelt es sich bei USAID um eine Organisation, die sowohl als Förderer im eigentlichen Sinne auftritt, als auch als Dachorganisation beziehungsweise Sponsor einer Reihe weiterer Suborganisationen beziehungsweise Stiftungen in Osteuropa allgemein und der Ukraine im Besonderen wirkt, wie zum Beispiel für die unten beschriebene Eurasia Foundation. USAID ist zudem eine Abteilung der US-amerikanischen Regierung, die ein eigenes großes Büro in Kyiv unterhält.

Damit im Zusammenhang ist zu vermuten, dass ein gewisser Teil des oben genannten Betrags von US1,6 Milliarden für den Unterhalt der ukrainischen Repräsentanz von USAID, die diplomatischen Status genießt und entsprechende Gehälter und Mieten für ihre Mitarbeiter zahlt,²⁴ sowie für die Finanzierung der Büros der verschiedenen von USAID geförderten Programme in Kyiv (Eurasia Foundation, PAUCI, Freedom House usw.) verwendet wird. Obwohl kein Spezifikum von USAID, scheint dieser Aspekt hier besonders relevant zu sein.

Das Unterhalten mehrerer spezialisierter Büros hat zwar den unzweifelhaften Vorteil einer intensiven, fachgerechten Betreuung der Fördermaßnahmen durch westlich geschulte Manager. Es bedeutet aber auch, dass dieser Teil der Mittel nur indirekt der Ukraine selbst zu Gute kommt – ein Zielkonflikt, mit dem viele westliche staatliche und nichtstaatliche Förderer in dieser oder jener Art zu kämpfen haben.

Weiter verschärft wurde dieser Interessenkonflikt in der Vergangenheit manchmal dadurch, dass einige westliche Organisationen bekannte internationale Consultant Groups für ihre Projekte engagierten. Ein Mitarbeiter des Apparats des US-amerikanischen Senats schätzte 1994, dass die anfallenden Kosten für einen einzigen derartigen Berater einer Consulting-Firma US\$400.000 pro Jahr übersteigen können.²⁵

Hierzu ist andererseits anzumerken, dass in den USA – im Gegensatz zu weiteren westlichen Förderländern – die Frage, welcher Anteil der bewilligten staatlichen Hilfsbeträge letztlich „für die Unterstützung privater amerikanischer Handelstätigkeit und Investitionen in Russland und der Ukraine“ verwendet wird,²⁶ bereits über Jahre thematisiert wird. Eine ähnlich offene und systematische Diskussion dieses wunden Punktes der Beziehungen zwischen dem Westen und

²⁰ USAID/Ukraine Country Strategic Plan for FY 2003–2007, S. 42.

²¹ Ebd., S. 43.

²² Mehr zur Förderung der ukrainischen Denkfabriken durch westliche Förderer, ein wichtiges Thema, das hier nicht näher analysiert wird, in: Razumkov-Centre, Hg.: Non-Governmental Think-Tanks in Ukraine. The Present State and Prospects, in: National Security and Defence (Kyiv), 10(46)/2003, S. 2–26.

²³ <http://www.usaid.kiev.ua/>.

²⁴ Die von den diplomatischen Vertretungen für ihre Entsandten zur Verfügung gestellten pauschalen Mittel für Mietzahlungen bilden in Kyiv einen nicht unwesentlichen Faktor der oben erwähnten unbeabsichtigten negativen Auswirkungen erhöhter ausländischer – vor allem westlicher – Präsenz in der Ukraine seit Erlangung der Unabhängigkeit 1991. Nach inoffiziellen Angaben von Mitarbeitern der Deutschen Botschaft Kyiv lagen die 2003 für Diplomatenwohnungen gezahlten Mieten nur selten unter einem Monatsbetrag von US\$3.000. Dies stellt – trotz der meist hohen Qualität dieser Wohnungen – im Kontext des ukrainischen Gehalts- und Preisgefüges eine absurde Summe dar.

²⁵ Flickner, *The Russian Aid Mess*, S. 18.

²⁶ Ebd., S. 14.

der ehemaligen Sowjetunion – also des faktischen Rückflusses eines Teils der proklamierten Hilfgelder an Staatsbürger des Geberlandes – hat es anscheinend in den westeuropäischen Staaten bisher noch nicht gegeben. In Deutschland etwa wäre eine derartige Diskussion schon dadurch erschwert, dass der finanzielle Umfang des deutschen Engagements, zumindest bezüglich der Ukraine, wie unten noch deutlich werden wird, nur wenig transparent ist.

Die Europäische Union

In der WWW-Präsentation der Delegation der Europäischen Kommission in der Ukraine bezeichnet sich die Europäische Union als „largest donor to Ukraine“²⁷ – dies, obwohl die von USAID angegebene Summe für den Zeitraum 1994–2003, wie in Tabelle 4 unten deutlich wird, über dem Betrag der für die gleiche Periode von der EU berichteten Unterstützung für die Ukraine liegt. Der zitierte Anspruch der EU erscheint nichtsdestoweniger gerechtfertigt, da zur eigentlichen EU-Förderung noch die Programme der Einzelstaaten hinzugerechnet werden müssen.²⁸

In den letzten 10 Jahren betrug der schon zitierten Eigendarstellung nach der Umfang der gesamten Ukrainehilfe der EU – anscheinend als Organisation (und nicht Staatenverbund) sowie ohne Berücksichtigung der EBRD-Kreditvergabetätigkeit – €1,072 Milliarden, wobei „die Mitgliedsstaaten im Zeitraum 1996–1999 [zum Beispiel zusätzlich] ca. €157 Millionen verteilten“.²⁹ Bestimmt waren diese Mittel für technische Hilfe im Rahmen des Programms Technical Assistance for the Commonwealth of Independent States (TACIS) für makrofinanzielle Unterstützung und humanitäre Zwecke.

Hervorgehoben werden soll hier ein seit 1996 aktives Mikroprojektprogramm für die Unterstützung des ukrainischen Dritten Sektors. In diesem Programm wurden bis 1999 ca. 15–18 Projekte ein Jahr lang mit einem Betrag von €10.000 unterstützt. Zu den Empfängerorganisationen gehörten unter anderem

- das Zentrum für sozioökonomische und politische Prognosen,
- das TV-Studio für Ukrainische Frauen,
- das Komitee zum Kinderrechtsschutz,
- die Union der Liberalen Jugend,
- die Erste Ukrainische Studentenunion und
- die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte,

alle in Kyiv, sowie

- die Journalistenvereinigung „Süd“ in Odessa,
- die Frauenvereinigung sowie das Erziehungszentrum für Menschenrechte der Stadt Charkiv,
- das Podyler Zentrum für Menschenrechte und die Progressive Frauenvereinigung in Vinnica,
- das Zentrum für Städtisches Management in Komsomolsk,
- das Westukrainische NGO-Zentrum L'viv,
- die Städtevereinigung LASKA in Mykolaiv sowie
- die Transkarpatische Junge Demokratische Union in Perechin.

Eine Besonderheit dieses Mikroprojektprogramms war, dass die Delegation der Europäischen Kommission in Kyiv 1996 eine einheimische Nichtregierungsorganisation, Counterpart Creative

²⁷ EU Assistance to Ukraine, in: <http://www.delukr.cec.eu.int/site/page23730.html>

²⁸ Womöglich entsteht der Anspruch auf dieser WWW-Präsentation ja auch aus der Summierung der EU-eigenen Förderprogramme mit der EBRD-Förderung für die Ukraine, die ebenfalls zu einem großen Teil aus EU-Geldern besteht.

²⁹ Ebd.

Center (CCC), mit der Implementierung des Programms beauftragte, während zum Beispiel das Parallelprogramm in Russland von der Delegation in Moskau selbst durchgeführt wurde.³⁰

Der der Ukraine von der EU zur Verfügung gestellte Betrag an *direkter* Hilfe für das Jahr 2002 betrug €47 Millionen (bzw. €48 Millionen 2003). Darüber hinaus profitierte die Ukraine von weiteren speziellen und regionalen TACIS-Programmen, die sich für das Jahr 2002 auf €126 Millionen summierten.³¹ Rechnet man Kredite zur makrofinanziellen Unterstützung hinzu, summiert sich die aus Brüssel kommende Förderung der Ukraine 2002 auf €236 Millionen.³² Das Nationale Indikative Programm für die Jahre 2004–2006 sieht Unterstützung im Wert von weiteren €212 Millionen vor, darunter €117 Millionen für nukleare Sicherheit.³³ Innerhalb der Nachbarschaftsprogramme der EU im Rahmen des sogenannten TACIS Grenzüberschreitenden Indikativen Programms wird die Ukraine zudem im Zeitraum 2004–2006 ungefähr weitere €20 Millionen anteilmäßig erhalten.³⁴ In Tabelle 2 werden die Hilfsleistungen im Jahr 2002 nach Zweck und Beträgen aufgeschlüsselt.

Tabelle 2: EU-Hilfe für die Ukraine im Jahre 2002 durch ukrainenspezifische oder grenzüberschreitende Programme.

Bezeichnung des Hilfsprogramms	Zweck/Ziel	Betrag Mio. €
TACIS Nationales Aktionsprogramm (NAP)	Verwaltungsreform Rechtsreform Wirtschaftsförderung soziale Programme	47
TACIS Regionales Aktionsprogramm (RAP) & Grenzüberschreitende Kooperation (CBC)	Umweltschutz Rechtsfragen Netzwerke Wirtschaftsförderung	15
Atomsicherheitsprogramm		24
Energielücke-Programm	Schließung von Černobyl	20
Beitrag zum Černobyl-Mantel-Fonds	von der EBRD verwaltet	20
<i>Summe der nichtrückzahlbaren Hilfsbeträge:</i>		126
Makrofinanzielle Unterstützung	als Kredit	110
<i>Gesamthilfe:</i>		236

Quelle: Delegation of the European Commission in Ukraine, Hg.: Basic Information and Figures on the Tacis Action Programme for the Budgetary Year 2002 [Informationsblatt].³⁵

³⁰ Bailer, Förderung von Zivilgesellschaft und Drittem Sektor? S. 131–132.

³¹ EU Assistance to Ukraine.

³² Peter Byrne: EU's Patten brings promises, cash, in: Kyiv Post, 13.11.2003, S. 4.

³³ Ebd.

³⁴ Delegation of the European Commission to Ukraine, Hg.: New Neighbourhood Programmes. EU to strengthen cross-border cooperation with Ukraine. Press Release, Ref: 3303. – Kyiv: European Union, 25 November 2003, in: <http://www.delukr.cec.eu.int/data/doc/NNP-eng-final.doc>

³⁵ Diese Information wurde im Mai 2004 freundlicherweise von Anje Schubert, Press Officer der Delegation der Europäischen Kommission in der Ukraine, zur Verfügung gestellt.

Die Programme der Vereinten Nationen

Die Schwerpunkte der UN-Hilfe für die Ukraine sind

(1) Armutsreduzierung via Wirtschafts- und Stellenwachstum, bei einer Zielsetzung hier bis 2015 signifikante Ergebnisse zu erreichen;

Instrumente: makroökonomische Stabilisierung, Privatisierung, Landwirtschaftsreform, Kreditierung von Unternehmen, Informationen zur Arbeitssuche;

(2) Verbesserung sozialer Leistungen zur Reduzierung von Armut und Verbesserung von Lebensqualität;

Instrumente: Unterstützung des Gesundheits- und Schulwesens sowie der Sozialfürsorge unter besonderer Beachtung verwundbarer Bevölkerungsgruppen, Verringerung von Müttersterblichkeit und Verbesserung des Zugangs zur Grundschulausbildung, Verbesserung der Datenlage;

(3) Reform der öffentlichen Verwaltung unter Gesichtspunkten wie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte sowie Rechenschaftspflicht gegenüber der Bevölkerung;

Instrumente: höhere politische Partizipation, Verwaltungsreform, Kampf gegen Korruption, Dezentralisierung, Gleichberechtigung von Frauen, Zugang zu Rechtshilfe;

(4) Umweltschutz;

Instrumente: verbessertes Management nachhaltiger Nutzung natürlicher Ressourcen für ökonomisches Wachstum, Schutz der Bevölkerung vor Verschmutzung, Erhalt von natürlichen Ressourcen, Implementierung nationaler und internationaler Umweltschutznormen, bessere Energienutzung und nukleare Sicherheit, Entschärfung und Räumung von Landminen;

(5) Bekämpfung von HIV/AIDS;

Instrumente: Prävention, Therapie und Behandlung;

(6) Bewältigung der Folgen des Černobyl-Reaktorunfalls;

Instrumente: Umschulung des Personals für neue Arbeitsstellen, Kontrolle der Wasserverschmutzung;

(7) Unterstützung des Reintegrationsprogramms für die zurückgekehrte tatarische Bevölkerung der Krim;

Instrumente: Konfliktverhütung, Umschulung und Weiterbildung, Stärkung der örtlichen Selbstverwaltung.³⁶

Im Jahresbericht der Kyiver UN-Vertretung für 2002 wird deutlich, dass die großen staatlichen und suprastaatlichen Organisationen bereits regelmäßig bei der Umsetzung einiger Programme, wie den oben beschriebenen, kooperieren. Dabei arbeiteten mit den verschiedenen, in der Tabelle aufgelisteten UN-Programmen sowie UNICEF und UNIDO³⁷ folgende Organisationen regelmäßig zusammen:

- IWF,
- Weltbank und International Finance Corporation (IFC),
- EBRD,
- USAID,
- EU,
- Canadian International Development Agency (CIDA),

³⁶ Siehe auch UN Country Team, Hg.: Ukraine. Common Country Assessment. – Kyiv: UN House 2002, S. 6–11.

³⁷ UNICEF: United Nations Children's Fund; UNIDO: United Nations Industrial Development Organization.

- Swedish International Development Agency (SIDA),
- US Arbeitsministerium,
- die niederländische Regierung
- die schweizerische Regierung,
- die Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie
- die International Atomic Energy Agency (IAEA).³⁸

Interessanterweise hat es 2002 im Falle der HIV-Prävention und AIDS-Hilfe eine mehrere Organisationen übergreifende Kooperation gegeben, die nicht nur die UN-Teilprogramme sowie die Weltbank, USAID, EU, CIDA und das British Council, sondern ebenfalls zwei Nichtregierungsorganisationen einschloss: die International Renaissance Foundation (mehr zu dieser Stiftung unten) sowie Medicins sans Frontiers.³⁹ Dies scheint, neben dem Kampf gegen Menschenhandel, bislang einer der wenigen Fälle zu sein, in denen die großen internationalen und nationalen Regierungsorganisationen in Kyiv auf die Expertise und örtliche Präsenz der kompetenten kleineren privaten Stiftungen zurückgegriffen haben.

Im Folgenden wird der Umfang des Mitteleinsatzes in den verschiedenen Bereichen durch die UN-Teilorganisationen für die Periode 2002–2005 aufgeschlüsselt. Allerdings fehlt in der hier verwendeten Darstellung ein Großprogramm der UNO, welches erst im Jahre 2002 bestätigt wurde: die Vereinten Nationen sagten der Ukraine 2002 einen zusätzlichen Hilfsbetrag von US\$92 Millionen zum Kampf gegen HIV/AIDS zu.⁴⁰

Tabelle 3: Schätzung der Summe der regulären und weiteren Unterstützung der UNO-Teilorganisationen für die Ukraine im Zeitraum 2002–2005 in Millionen US\$ (gerundet).

Teilprogramm	Armutsbekämpfung	Soziale Dienste	Öffentliche Verwaltung	Umweltschutz	HIV/AIDS	Gesamt
ILO	0,628	0,075	1,67			2,373
UNAIDS					0,85	0,85
UNDP	5,8	7,6	5,8	4,5	3,2	26,9
UNFPA	0,2 (?)	1,5 (?)	1,4 (?)	0,2 (?)	5 (?)	7,4
WHO	0,09	2,514	0,18		0,032	2,816
Gesamt	6,718 (?)	11,189 (?)	9,05 (?)	4,7 (?)	9,082 (?)	40,339 oder 40,739

Quelle: UNDAF Programme Resources 2002–2005, in: UN Country Team, Hg.: United Nations Development Assistance Framework for Ukraine. – Kyiv: UN House 2001, S. 27.⁴¹

Zusammenfassung

In der nächsten Tabelle unten wird zum Abschluss versucht, bisherige und künftige Hilfsprogramme der verschiedenen internationalen Regierungsorganisationen sowie von USAID zu-

³⁸ UN Country Team, Ukraine, S. 13–21.

³⁹ Ebd., S. 22.

⁴⁰ Die Weltbank hat für diesen Zweck einen zusätzlichen Betrag von US\$50 Millionen zur Verfügung gestellt. USAID/Ukraine Country Strategic Plan for FY 2003–2007, S. 38.

⁴¹ ILO: International Labor Organization; UNAIDS: United Nations Joint Programme on HIV/AIDS; UNDP: United Nations Development Programme; UNFPA: United Nations Population Fund; WHO: World Health Organization. Die Zeile zu UNFPA enthält offenbar einen Fehler in einer der Einzelpositionen, weshalb die Summe der Einzelbeträge nicht mit dem aufgeführten Gesamtbetrag übereinstimmt. Hier wurde der Gesamtbetrag aus der zitierten Tabelle übernommen, da anzunehmen ist, dass dieser stimmt.

sammenzufassen und ungefähr zu gewichten, was durch die Errechnung von Jahresdurchschnittsfördersummen angestrebt wird. Letzteres ist aufgrund der hierfür verwendeten Daten jedoch eine bestenfalls unvollkommene Rechenoperation und, was noch wichtiger ist, eine nur bedingt informative Vergleichsbasis. Die Berichtszeiträume reichen von 1994 bis 2007. Innerhalb dieser Periode gab und gibt es erhebliche Schwankungen in den jährlichen Fördersummen der verschiedenen Organisationen. Wahrscheinlich gab es einen Anstieg ab 1994, das Jahr in welchem offenbar viele Förderprogramme ihre Aktivität in der Ukraine begannen, und eine Stabilisierung zum Ende des vergangenen Jahrzehnts. Auch handelt es sich bei der IWF-, Weltbank- und EBRD-Förderung oft um Kreditierungen und nicht um Direkthilfe.

Die am besten vergleichbaren Zahlenangaben sind hier womöglich diejenigen für USAID und die EU, die für den gleichen Zeitraum, also 1994–2003, gemacht wurden. Dieser Vergleich bestätigt in gewisser Hinsicht die Einschätzung in einem USAID-Bericht aus dem Jahre 2002, welche USAID als den „größten bilateralen Förderer, gefolgt von EU-TACIS“ klassifiziert.⁴² Selbstverständlich hinkt auch dieser Vergleich, umfasst die Angabe zur EU doch anscheinend lediglich die Förderung der EU als Organisation und nicht die weitere staatliche Förderung der einzelnen EU-Länder. Es kann vermutet werden, dass die sicherlich ebenfalls vorhandene weitere Unterstützung der individuellen Staaten der USA insgesamt geringer ausfällt, als die Summe der Förderprogramme des vereinigten Europas. Nichtsdestoweniger wird deutlich, dass die amerikanische staatliche Hilfe über USAID von durchschnittlich ca. \$160 Millionen pro Jahr im Zeitraum 1994–2003 beachtlich war.

Weiterhin wäre anzumerken, dass auch bei der Gegenüberstellung der einzelstaatlichen Hilfe womöglich Unvergleichbares miteinander verglichen wird. In einem Bericht der EBRD heißt es zum Beispiel, dass die drei größten Förderer in der Ukraine USAID, die ähnlich konzipierte kanadische Agentur CIDA und das deutsche TRANSFORM-Programm (siehe unten) sind. Im Jahr 2002 sei „das Budget von USAID am größten [gewesen] mit US\$72,1 Millionen, während CIDA und TRANSFORM [jeweils] über [ca.] US\$10 Millionen [verfügten].“⁴³ Dies scheint insofern ein nur bedingt nützlicher Ansatz zu sein, als die staatliche Hilfe der USA und Kanadas sich offenbar zwar nicht ausschließlich auf die Programme von USAID und CIDA beschränkt,⁴⁴ aber doch in diesen Agenturen konzentriert ist. Dahingegen stellt TRANSFORM (siehe Näheres dazu unten) zwar ebenfalls das wichtigste, aber doch nur *ein* Instrument der deutschen staatlichen Ukraineförderung dar. Um eine zumindest teilweise sinnvolle Vergleichsbasis zu haben, müssten alle staatlichen sowie staatlich mitfinanzierten Programme und Aktivitäten der besagten Länder miteinander verglichen werden, was einen erheblichen Rechercheaufwand erfordern würde.

Nichtsdestoweniger kann hier festgestellt werden, dass die USA in der einzelstaatlichen Förderung der Ukraine mit großem Abstand führen. Das überrascht zwar im Lichte der Wirtschaftskraft der Vereinigten Staaten nicht, ist jedoch angesichts der Ferne der Ukraine von den USA auch keine Selbstverständlichkeit. Die USA verfolgen in der Ukraine zwar nicht nur allgemeine humanitäre Ziele, sondern etwa auch geostrategische und wirtschaftliche Interessen. Die weit größere Relevanz der Entwicklung der postsowjetischen Ukraine für die EU-Staaten scheint jedoch unbestreitbar. Insofern wirft die in Kyiv fühlbare Präsenz von USAID innerhalb der westlichen Demokratieförderung ein ungünstiges Licht auf die westeuropäische Ukrainepolitik.

⁴² USAID/Ukraine Country Strategic Plan for FY 2003–2007, S. 10.

⁴³ Strategy for Ukraine, S. 39.

⁴⁴ Ein Bericht aus dem Jahre 2002 berichtet etwa von einem Programm des US-amerikanischen Justizministeriums in der Höhe von US\$4 Millionen USAID/Ukraine Country Strategic Plan for FY 2003–2007, S. 11.

Tabelle 4: Berichtete Fördersummen und -anliegen internationaler staatlicher Organisationen für bestimmte Zeitperioden (keine äquivalenten Angaben und nur bedingt vergleichbare Summen).

Organisation	Berichtszeitraum	Ungefähre Fördersumme in Millionen	Errechneter Jahresdurchschnitt in Mio.	Bestimmungszweck
IWF	1998–2001 (3 J.)	\$1.400 (Kredite)	\$467 (Kredite)	makrowirtschaftliche Stabilisierung
Weltbank	2004–2007	\$2.400 (Kredite)	\$600 (Kredite)	wirtschaftliche, soziale & ökologische Projekte
USAID	1994–2003	\$1.600	\$160	politische & Zivilgesellschaft, Ökologie
UNO	2002–2005	\$40,4	\$10,1	Soziales, Verwaltung, Ökologie, AIDS
EBRD	1994–2002	€1.400 (Kredite)	€155,6 (Kredite)	Wirtschaftsförderung, Černobyl
EU	1994–2003	€1.070	€107	Verwaltung, Ökologie, Zivilgesellschaft, Soziales

Quellen: Strategy for Ukraine. Approved by the Board of Directors on 3 September 2002. – Kyiv: EBRD 2002; Stephan Ladanaj: World Bank inks \$2.4 billion aid program, in: Kyiv Post, 30.10.2003, S. 18B; Irina Ijušina: Kristofer Krauli [Christopher Crowley], in: Korrespondent. Žurnal dlja novoj epochi Ukrainy, 33(72)/2003, S. 12; UNDAF Programme Resources 2002–2005, in: UN Country Team, Hg.: United Nations Development Assistance Framework for Ukraine. – Kyiv: UN House 2001, S. 27; <http://www.ebrd.com/about/strategy/country/ukraine/ukraine.pdf>; <http://www.delukr.cec.eu.int/site/page23730.html>.⁴⁵

II. „Kleine“ Förderprogramme in der Ukraine

Im Folgenden wird nun in einer Reihe von Fallstudien versucht, einen Eindruck von der Lage der westlichen finanziellen Unterstützung der Ukraine durch kleinere Programme und Stiftungen zu vermitteln, ohne dabei in der Masse der potenziell relevanten Informationen zu versinken. Die Idee ist hierbei, dass einzelne Fälle in gewisser Hinsicht allgemeinere Tendenzen – wenn auch verzerrt – widerspiegeln. Obwohl darauf basierend nur beschränkt gültige Verallgemeinerungen gemacht werden können, scheint das intensivere Eingehen auf einige spezielle Organisationen eine ertragreichere sowie praktikablere Strategie als ein oberflächlicher Überblick zu möglichst vielen Programmen und Aktivitäten zu sein.

Fallstudie 1: Die staatlichen Förderprogramme zweier westlicher Länder im Vergleich – Schweiz und Deutschland

Schweiz

Eine Kurzanalyse der staatlichen Förderung der Schweiz für die Ukraine wird durch die beispielhafte Dokumentation der zuständigen Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit der

⁴⁵ Diese Zahlenangaben, insbesondere die errechneten jahresdurchschnittlichen Summen sind als vorläufig zu betrachten und harren der Spezifizierung, ja möglicherweise grundlegenden Korrektur. Obwohl die hier zitierten Zahlenangaben quellengestützt sind, ist ihre Signifikanz nur schwer einzuschätzen. Oft bleibt unklar, worauf genau sich die betreffende Summe bezieht. Erschwert wird die Interpretation der Angaben weiterhin durch die idiosynkratische Terminologie vieler staatlicher Programme, die eine Vielzahl mehr oder minder kryptischer Bezeichnungen und Abkürzungen benutzen, welche in den öffentlichen Berichten oft nicht hinreichend definiert sind. Um als „Uneingeweihter“ die zitierten Berichte internationaler und nationaler staatlicher Organisationen vollständig verstehen zu können, müsste man zunächst einen speziellen „Sprachkurs“ absolvieren.

Schweizer Regierung, bekannt als Swiss Agency for Development and Cooperation (SDC), erleichtert.⁴⁶ Obwohl die Schweiz nach eigenen Angaben lediglich 2% der gesamten internationalen finanziellen Hilfe leistet,⁴⁷ ist dieser Bericht die einzige derart akribische, gut aufbereitete und leserfreundliche Dokumentation der Höhe und des Inhalts einer westeuropäischen staatlichen Förderung der ukrainischen Transformation, auf die ich 2002–2003 in Kyiv gestoßen bin.

Obwohl Berichte wie der hier zitierte stets einen Beigeschmack von nationaler und/oder bürokratischer Selbstdarstellung haben und manchmal Sachverhalte nicht hinreichend selbstkritisch darstellen, ist die Zurverfügungstellung eines derart konkret formulierten Dokuments der schwammigen Eigenpräsentation vieler anderer westlicher, nicht zuletzt deutscher Institutionen in der Ukraine klar vorzuziehen, komprimieren doch Aufstellungen wie die folgende, aus dem SDC-Länderbericht entnommene Tabelle übersichtlich relevante Informationen. Sie bieten damit schweizerischen, ukrainischen und anderen Beobachtern nicht nur eine gute Ausgangsbasis zur Evaluation. Sie demonstrieren auch exemplarisch schweizerische Wertschätzung von Transparenz, Dialogbereitschaft sowie Kritikfähigkeit – Eigenschaften, die ganz wesentlich für die Ausfüllung von Demokratie sind. Daher hat die hier thematisierte mangelnde Durchsichtigkeit vieler westeuropäischer – darunter auch deutscher – Programme nicht nur Konsequenzen für eine Analyse, wie sie hier versucht wird, und für die Abstimmung der Programme in Kyiv untereinander; sie unterläuft auch die Demonstration demokratischer Werte und Denkweisen als eine wesentliche Implementierungsstrategie westlicher Transformationsförderung.

Die thematischen Schwerpunkte der SDC-Hilfe sind:

- *soziale Gerechtigkeit* (Gesundheitswesen, Sozialarbeit, Berufsausbildung, örtliche Selbstverwaltung, Černobyl-Hilfe),
- *Verwaltungsreform* (juristische Beratung, Gefängnisverwaltung),
- *nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen* (Reform der Agrarwirtschaftsausbildung, Forstwirtschaft, Süßwassermanagement, Flutprävention),
- *Zivilgesellschaft* (NGO-Unterstützung),
- *kulturelle Kooperation* über die Stiftung Pro Helvetica (Unterstützung kultureller NGOs und unabhängiger Künstler),
- *wissenschaftliche Kooperation* (Konferenzstipendien, gemeinsame Forschungsprojekte, institutionelle Partnerschaften, nukleare Sicherheit, Ingenieurausbildung, BWL-Fortbildung für ukrainische Studierende in der Schweiz).⁴⁸

Weiterhin engagiert sich das schweizerische Staatssekretariat für Wirtschaftsfragen (State Secretariat for Economic Affairs – seco) in der Ukraine bezüglich der

- Finanzierung von Infrastrukturprojekten (Hydroenergie, Ökologie, Wasserreinigung, Erneuerung medizinischer Einrichtungen),
- Beteiligung an multilateralen Finanzierungsprojekten mit Institutionen wie der Weltbank oder EBRD (nukleare Sicherheit, insbesondere Černobyl-Schließung),
- Investmentförderung durch Kreditgarantien und
- Beratung des ukrainischen Bankensektors.

Die Unterstützung von seco nimmt den quantitativ größten Teil der schweizerischen nichtrückzahlbaren Direkthilfe ein.⁴⁹ Im Zeitraum 1996–2001 zum Beispiel belief sich die Summe dieser Hilfsprogramme auf CHF36 Millionen.⁵⁰

⁴⁶ Swiss Agency for Development and Cooperation, Country Programme Ukraine 2002–2006.

⁴⁷ Ebd., S. 14.

⁴⁸ Ebd., S. 27–38.

⁴⁹ Ebd., S. 39–41.

⁵⁰ Ebd., S. 1.

Interessanterweise spricht der SDC-Report Themen in der Strategieentwicklung seiner Programme an, die auch in diesem Bericht eine Rolle spielen. Im Vorwort heißt es etwa, dass „[w]o immer dies möglich ist, ukrainische Kräfte für die Projektimplementierung beschäftigt werden“.⁵¹ Und in der Einleitung wird bemerkt:

Die sehr begrenzten finanziellen Mittel des Schweizer Kooperationsprogramms stehen im Widerspruch zum enormen Bedarf an Hilfe. Der geringe geographische Abstand erlaubt andererseits vielfältige institutionelle und personelle Kontakte.⁵²

Eine weitere relevante Besonderheit der schweizerischen Verwaltung der Hilfsprogramme scheint das 1999 gemeinsam von SDC und seco in Kyiv eröffnete Kooperationsbüro der Schweiz in der Ukraine zu sein. Dieses Büro unterscheidet sich insofern von anderen derartigen westlichen Vertretungen in der Ukraine, als es sich – zumindest nach der Eigendarstellung von SDC – ausdrücklich um Kooperation nicht nur zwischen staatlichen, sondern auch nichtstaatlichen Organisationen der Ukraine und der Schweiz, ja offenbar deren übergreifende Zusammenarbeit bemüht.⁵³

Im Anschluss wird die zeitliche und thematische Aufteilung der SDC- und weiteren schweizerischen humanitären Hilfe für die Ukraine im Zeitraum 2002–2004 aufgeschlüsselt.

Tabelle 5: Die staatliche schweizerische Ukraineförderung im Zeitraum 2002–2006 in Millionen Schweizer Franken.

Förderbereich	2002	2003	2004	2005	2006	Summe
technische Zusammenarbeit (SDC)	4,5	4,6	4,8	5,0	5,0	23,9
kulturelle Zusammenarbeit (SDC)	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	2,5
wissenschaftliche Zusammenarbeit (SDC)	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	2,0
humanitäre Hilfe (nicht von SDC verwaltet)	1,2	1,0	1,0	1,0	1,0	5,2
Fördersumme aller Programme	6,6	6,5	6,7	6,9	6,9	33,6

Quelle: Swiss Agency for Development and Cooperation, Hg.: Country Programme Ukraine 2002–2006. – Bern/Richterswil: SDC/seco/DR Druckerei 2003, S. 25.

Obwohl die Schweiz nur einen geringen finanziellen Umfang der westlichen Hilfe in der Ukraine leistet, erweckt der hier ausführlich zitierte SDC-Bericht den Eindruck einer durchdachten Strategie, deren Auswirkungen womöglich über den prozentualen Anteil der Schweiz an den investierten Mitteln in der Ukraine hinausgehen.

Deutschland

Während die Höhe der staatlichen Förderung der Schweiz für die Ukraine hervorragend dokumentiert ist, sind die entsprechenden Angaben aus Deutschland spärlich. Ein Grund hierfür ist – und dies erscheint als ein wichtiger Unterschied zwischen beiden Ländern –, dass nicht nur die privaten, sondern auch staatlichen oder quasi-staatlichen Förderkanäle aus Deutschland in die Ukraine weitaus zahlreicher sind. Dahingegen scheint es, dass die Förderung der Schweiz für die Ukraine sich zwar nicht auf die oben aufgeführten Mittel beschränkt, sich jedoch darauf konzentriert.

⁵¹ Ebd., S. 7.

⁵² Ebd., S. 8.

⁵³ Ebd., S. 1 und 24.

Ein zumindest ebenso wichtiger Grund für den Mangel an konkreten Informationen über die Höhe und Verteilung der deutschen Mittel für die Ukraine ist allerdings auch, dass, wie schon angedeutet, die Dokumentation der finanziellen Aspekte deutscher Ukraineförderung eher spärlich ist. Frei im Internet verfügbar scheinen einzig einige Angaben zum schon erwähnten TRANSFORM-Programm zu sein, das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) betreut wird. Die WWW-Seite der Deutschen Botschaft Kyiv gab hierzu im Februar 2004 an,⁵⁴ dass auf die Ukraine im Rahmen dieses Programms seit ihrer Unabhängigkeit ca. €105 Millionen entfielen, die sich auf 200 TRANSFORM-Projekte aufteilten. In den Jahren 2002 und 2003 etwa standen für Beratungsprojekte in der Ukraine respektive ca. €7,2 bzw. €6 Millionen zur Verfügung. Die inhaltlichen Schwerpunkte des TRANSFORM-Programms sind die „Förderung eines nachhaltigen und armutsreduzierenden Wirtschaftswachstums, die Stärkung mittelständischer Strukturen, die Unterstützung des Finanzwesens und die Entwicklung des ländlichen Raums“.⁵⁵ Darüber hinaus beteiligte sich die Kreditanstalt für Wiederaufbau am Deutsch-Ukrainischen Fonds (1997–2003: €80 Millionen an Krediten vergeben) sowie an der ProCredit Bank, welche die wirtschaftlichen Umgestaltungen in der Ukraine unterstützen.

Deutschland scheint darüber hinaus dasjenige europäische Land zu sein, das – nach Russland – die größten Anstrengungen unternimmt, durch diverses Engagement im Bildungswesen der Ukraine die bilateralen Beziehungen auf eine langfristige Grundlage zu stellen. Die Kyiver Filialen des Goethe-Instituts⁵⁶ und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD, siehe unten)⁵⁷ sind die beiden wichtigsten diesbezüglichen staatlichen Institutionen. Daneben ist das Engagement der Zentralstelle für Auslandsschulwesen (ZfA) zu erwähnen, das im Schuljahr 2003–2004 Lehrerinnen und Lehrer in folgende Schulen der Ukraine entsandte:

Tabelle 6: Lehrkräfte der ZfA und ihre Schulen im Schuljahr 2003–2004.

Anzahl der ZfA-Lehrer/Lehrerinnen	Einsatzorte und –schulen
1 (=Fachschaftsberater)	L'viv, Mittelschulen 8 & 28
1	Kyiv, Mittelschule 239
1	Kyiv, Mittelschule 14
2	Kyiv, Mittelschule 53
2	Charkiv, Gymnasium 23
1	L'viv, Mittelschule 28
1	L'viv, Mittelschule 8
1	Doneck, Mittelschule 19
Gesamt: 10	

Quelle: Informationsblatt der ZfA.

Zu den vielen weiteren deutschen Programmen in der Ukraine gehören unter anderem die politischen Stiftungen. So unterhalten die Konrad-Adenauer-, Friedrich-Ebert- und Hans-Seidel-Stiftungen eigene Büros in Kyiv (die zumeist ebenfalls für Belarus und Moldova zuständig sind).

⁵⁴ Zu erreichen über <http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/>

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ <http://www.goethe.de/oe/kie/deindex.htm>

⁵⁷ <http://kiev.daad.de/deutsch/de-main.htm>

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) etwa ist seit Juli 1993 in der Ukraine aktiv und eröffnete ihr ständiges Büro in Kyiv im Januar 2001.⁵⁸ Dieses Büro hat insgesamt neun MitarbeiterInnen, davon fünf in Kyiv, drei in Minsk und eine/n in Moldova. Zu den Schwerpunkten der Arbeit der FES gehörten im Jahr 2003 Außen- und Sicherheitspolitik (ca. 25% der Maßnahmen), Gewerkschaften (ca. 10%), politische Parteien und Zivilgesellschaft (ca. 20%) und wirtschaftliche sowie politische Transformation (ca. 20%). Die Konferenzen, Seminare, Workshops, Sommer Schulen usw. – insgesamt 90 Veranstaltungen – der FES pro Jahr in der Ukraine involvieren circa 4.000–5.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Im Lichte der beschränkten Mittel der deutschen politischen Stiftungen ist das ein relativ gutes Ergebnis. Die US-amerikanischen Programme erreichen pro investierten Dollar offenbar eine geringere Zahl an Adressaten, da die Gehälter, Honorare, Zuschüsse und ähnlichen Ausgaben höher angesetzt sind.⁵⁹

Während diese Seite der FES-Tätigkeit in der Ukraine ein zweifelsohne positiver Aspekt ist, spiegelt sich in diesem Einzelfall auch die oben erwähnte generelle Tendenz bezüglich der mangelnden Dokumentation des Umfangs deutscher Hilfsprogramme wider. Zwar gab das FES-Büro Kyiv im Jahre 2002 etwa das schon erwähnte, nützliche Handbuch über die verschiedenen in oder mit der Ukraine aktiven deutschen Organisationen heraus⁶⁰ und leistete damit einen herausragenden Beitrag zu einer größeren Transparenz der westlichen Transformationsförderung und humanitären Hilfe für die Ukraine (der womöglich keine Entsprechung im Falle der anderen in der Ukraine aktiven Länder hat). Doch muss die Öffentlichkeit nicht nur auf Zahlenangaben über das finanzielle Engagement der in diesem Buch aufgeführten Organisationen verzichten. Der Herausgeber des Buches selbst, das FES-Büro Kyiv, macht weder auf seiner WWW-Seite noch in seinen Publikationen Angaben zum Umfang und zur Aufteilung der eingesetzten Mittel.

Tabelle 7: Grobe Schätzungen zum ungefähren Mitteleinsatz und den Transferleistungen deutscher Institutionen für die Ukraine im Jahr 2003.

Organisation oder Institution	Arbeitsbereich bzw. Profil	Mio. €
Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit	Entwicklungshilfe	8
Deutscher Akademischer Austauschdienst	Hochschulwesen	3
Goethe-Institut	Deutsche Sprache & Kultur	2
Zentralstelle für das Auslandsschulwesen	Deutschunterricht in Schulen	1,5
BMVEL	Landwirtschaft	0,6
BMBF, A.-v.-Humboldt-Stiftung etc.	Spitzenwissenschaftler	1
Stiftung für Rechtliche Zusammenarbeit	Rechtshilfe	0,5
Politische Stiftungen (FES, KAS u.a.)	Demokratieförderung	1,1
Bundesumweltministerium	Umweltschutz	0,3
private Stiftungen & Initiativen	Humanitäres, Religion, Bildung	15
weitere Institutionen	Verschiedenes	7
GESAMT		ca. 40

Quellen: Vorläufige Schätzungen des Autors aufgrund mündlicher Auskünfte und Recherchen bei deutschen Institutionen in Kyiv 2003.

⁵⁸ Siehe auch <http://www.fesukraine.kiev.ua/main.php?m=6>

⁵⁹ Interview mit Herrn Kurth, Leiter des FES-Büros Kyiv, Dezember 2003.

⁶⁰ Friedrich-Ebert-Stiftung, Deutsch-ukrainische private Initiativen.

Dies ist charakteristisch für die meisten in Kyiv vertretenen deutschen Organisationen und steht im Gegensatz zur Informationspolitik etwa der staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen der Vereinigten Staaten in der Ukraine. Paradoxerweise präsentieren die US-amerikanischen Institutionen ihr anscheinend verschwenderisches Verhalten freimütiger, als die vergleichbaren deutschen Institutionen ihren offenbar kosteneffektiveren Mitteleinsatz darstellen.

Da sich dieser Bericht um die Gewichtung des finanziellen Engagements und andeutungsweise Einschätzung der Wirksamkeit der Programme verschiedener westlicher Institutionen in der Ukraine bemüht, kann der deutschlandbezogene Teil somit nur wenig sinnvoll ausgeweitet werden. Es kann hier lediglich die obige Grobschätzung des Autors vorgestellt (Tabelle 7 auf der vorherigen Seite) und darauf gehofft werden, dass die Veröffentlichung dieses Berichtes die verantwortlichen Institutionen dazu bewegt, zumindest ungefähre offizielle Zahlenangaben zu ihrem Mitteleinsatz in der Ukraine durch entsprechende Veröffentlichungen oder eine WWW-Präsentation publik zu machen.

Fallstudie 2: Die Charles Stewart Mott Foundation, International Renaissance Foundation und Eurasia Foundation

Im Folgenden werden zunächst die Strategien der beiden anscheinend größten privaten westlichen Förderinstitutionen in der Ukraine, der Mott-Stiftung und IRF, verglichen sowie im Anschluss die halbstaatliche Eurasia Foundation kurz untersucht. Die private Mott-Stiftung wird hier etwas ausführlicher vorgestellt, da sie in Deutschland weniger bekannt zu sein scheint, als das ebenfalls private Stiftungsnetzwerk des bekannten ungarisch-britischen Milliardärs Georges Soros, zu welchem die IRF gehört.

Die Charles Stewart Mott Foundation

Die Mott-Stiftung wurde 1926 von einem Automobilpionier des General-Motors-Konzerns in Flint, Michigan, gegründet und stellt eine der größeren unabhängigen „grantmaking“ Stiftungen der USA dar.⁶¹ Sie ist seit 1989 in MOE und Russland – jedoch nicht in Slowenien, Zentralasien oder im Kaukasus – aktiv und stellte im Jahre 2002 zum Beispiel insgesamt ca. US\$14,7 Millionen für diese Region zur Verfügung. Bezüglich MOE und Russland konzentriert sich die Mott-Stiftung auf folgende Ziele:

- Stärkung des Dritten Sektors,
- Stärkung von Bürgerrechten und -verantwortung,
- Verbesserung von interethnischen Beziehungen.

Seit 1996 ist Mott auch in der Ukraine aktiv. Nach Konsultationen mit der Eurasia Foundation und der International Renaissance Foundation, entschied die Stiftung sich damals, eine Reihe von regionalen NGO-Ressourcenzentren zu unterstützen, die NGOs Zugang zu Ausrüstungen, Informationen und Know-how bieten. Sieben derartige, noch relativ junge Zentren wurden für die Förderung ausgewählt. In einem Rückblick auf diese erste Phase des Engagements der Mott-Stiftung in der Ukraine kam die zuständige Regionaldirektorin 2002 zu dem Schluss, dass die gewählte Strategie „[z]u einer beschleunigten Entwicklung von Hunderten, wenn nicht Tausenden NGOs, insbesondere außerhalb Kyivs“ geführt hat.⁶²

Seit 2000 bewegte sich die durchschnittliche Jahresförderung der Ukraine um US\$1 Million bei folgender ungefähre Aufteilung der Gelder: ca. 40% für die Förderung des Dritten Sektors, ca. 55% für Bürgerrechte und -verantwortung sowie weitere 5% für „besondere“ Projekte, die nicht in die drei oben genannten Sparten fallen, so etwa ein Projekt zu den EU-Ukraine-Beziehungen

⁶¹ <http://www.mott.org/>

⁶² Shannon Lawder: Guest column, in: Eurasia News. Belarus, Moldova, Ukraine, 1/2002, S. 4.

(mit dem EastWest Institute 2002–2004: US\$204.000). Im Jahr 2001 förderte Mott ein ukrainisches Projekt im Wert von US\$40.000 in der Sparte interethnische Beziehungen, was ein Einzelfall blieb.⁶³

Im Jahre 2003 vergab die Mott-Stiftung in der Ukraine nur Gelder in ihrem breit definierten Förderungsbereich Zivilgesellschaft, welcher Themen wie politische Aktivitäten, Bildung, Massenmedien, Ökologie und Gesundheitsfürsorge einschließt. 2003 belief sich diese Summe auf US\$1,1 Millionen und teilte sich auf elf Projekte auf. In der folgenden Tabelle wird die Förderung in diesem Jahr weiter aufgeschlüsselt.

Tabelle 8: Unmittelbare Unterstützung sowie Förderung durch ein Partnerprojekt (via Polen) der Charles-S.-Mott-Stiftung (USA) für die Ukraine im Jahr 2003.

Organisation	Land	Betrag in US\$	Zweck
Zentrum für ukrainische reformierte Bildung	Ukraine	140.000	Serie von weiterbildenden Radiosendungen
Institut für Zivilgesellschaft	Ukraine	100.000	allgemeine Ausgaben
Wählerkomitee der Ukraine	Ukraine	20.000	allgemeine Ausgaben
Wohltätige Stiftung für demokratische Initiativen	Ukraine	60.000	allgemeine Ausgaben
Ecopravo – Lviv (Umwelt & Recht)	Ukraine	90.000	allgemeine Ausgaben
Stiftung für soziale und ökonomische Initiativen	Polen	100.000	Akademie für lokale Entwicklungspolitik
Chersoner Regionale Stiftung für Wohltätigkeit und Gesundheit	Ukraine	120.000	allgemeine Ausgaben
Open-Society-Stiftung der Ukraine	Ukraine	80.000	Training von örtlichen Wahlkommissionen und Beobachtern politischer Parteien
Regionale Entwicklungsagentur „Donbass“	Ukraine	150.000	Bürgerengagement in der Lugansker und Donecker Region
Ukrainisches Zentrum für ökonomische und politische Studien	Ukraine	150.000	Entwicklung von regionalen analytischen Zentren
Ukrainische „Schritt-für-Schritt“-Stiftung	Ukraine	100.000	Entwicklungsprogramm für Gemeindeschulen
Summe		1,1 Mio.	

Quelle: <http://www.mott.org/grants.asp>

Betreffs der bisherigen Förderung sowie der bis zum Mai 2004 bestätigten neuen noch laufenden oder künftigen Projekte muss außerdem erwähnt werden, dass die Mott-Stiftung nicht nur einer der bedeutendsten Förderer örtlicher NGOs ist. Die Stiftung förderte und fördert ebenfalls ukrainespezifische Programme von Instituten, die von anderen westlichen staatlichen und nicht-staatlichen Organisationen zur Demokratieförderung in Transformationsstaaten gegründet wurden. Dies betrifft etwa die Ukraine-Programme

- der in der obigen Tabelle schon erwähnten Open-Society-Stiftung von George Soros (2004: US\$80.000),

⁶³ Persönliche Kommunikation mit Nick Deychakiwsky, Programmreferent der Mott-Stiftung für MOE und Russland, Mai 2004.

- des American Foreign Policy Council in Washington, DC (2003–2004: US\$200.000),
- der von USAID ins Leben gerufenen Eurasia-Stiftung (2003–2005: US\$80.000) oder
- des ebenfalls wesentlich von der US-amerikanischen Regierung unterhaltenen National Democratic Institute for International Affairs (2002–2004: US\$100.000).

Eine weitere erwähnenswerte Besonderheit der Mott-Stiftung ist, dass sie – trotz des erheblichen Umfangs ihrer Fördersummen – anscheinend kein ständiges Büro in Kyiv hat, sondern eine ganz Osteuropa abdeckende Dependence in Prag unterhält.⁶⁴

International Renaissance Foundation

Eine ganze Reihe von Charakteristika der Förderpolitik der Mott-Stiftung unterscheiden sich deutlich vom Ansatz der IRF, welche nur in der Ukraine aktiv ist und im April 1990 als Teil des Soros-Stiftungsnetzwerkes gegründet wurde. Zwar decken sich die thematischen Förderschwerpunkte von Mott und IRF weitgehend – teilen sich doch die IRF-Programme auf ganz ähnliche Bereiche wie Zivilgesellschaft, Rechtsstaatlichkeit, Massenmedien, Gesundheitsfürsorge, Informationsgesellschaft und Bildung auf. Bei der Umsetzung ihrer Ziele sind die Differenzen in den Ansätzen dieser zwei großen nichtstaatlichen Förderer in der Ukraine allerdings gravierend. Während sich zum Beispiel im Falle der Mott-Förderung für die Ukraine im Jahr 2003 eine Gesamtfördersumme von US\$1,1 Millionen auf insgesamt 11 Projekte bzw. Organisationen verteilte, vergab die IRF im gleichen Jahr einen Betrag von US\$5.315.411 an 674 Projekte, die von 390 Organisationen durchgeführt wurden.⁶⁵ Während also die durchschnittliche Fördersumme von Mott sowohl pro Projekt als auch Organisation im Jahr 2003 bei US\$100.000 lag, betrug dieser Mittelwert im Falle der IRF für das selbe Jahr pro Organisation ca. US\$13.630 beziehungsweise pro Projekt ca. US\$7.900. Thematisch waren die IRF-Gelder im Jahr 2003 folgendermaßen aufgeteilt:

Tabelle 9: Sektorale Aufteilung der Ukraine-Förderung der International Renaissance Foundation im Finanzjahr 2003.

Aktionsbereich	geförderte Projekte	Summe in US\$
Zivilgesellschaft	239	1.112.170
Rechtsstaat	104	879.718
Massenmedien	46	812.894
Informationsgesellschaft	98	546.862
Bildungswesen	20	126.803
Gesundheitsfürsorge	104	925.110
Verwaltungskosten	63	911.854
Summe:	674	5.315.411

Quelle: IRF Annual Report for 2003 year [sic]. – Kyiv: 2004.

Ein gewichtiger Grund für die unterschiedlichen Fördermuster von Mott und der IRF war zumindest in der Frühphase ihrer Aktivität die schon erwähnte Konzentration der Mott-Stiftung auf NGO-Ressourcenzentren, von denen sich eine Multiplikatorenfunktion erhofft wurde.⁶⁶ Die IRF füllt hingegen diese Multiplikatorenfunktion in gewisser Hinsicht selbst aus.

⁶⁴ Informationsblätter der Mott-Stiftung zur Verfügung gestellt von Nick Deychakiwsky, Programmreferent der Mott-Stiftung für MOE und Russland, Mai 2004.

⁶⁵ IRF Annual Report for 2003 year [sic]. – Kyiv: 2004.

⁶⁶ Lawder, Guest column.

Weitere Unterschiede sind, dass die IRF im Gegensatz zur Mott-Stiftung keine Gelder an westliche Organisationen vergibt sowie über ein eigenes Büro in Kyiv verfügt. Das IRF-Büro hat zudem einen erheblichen Umfang: über 30 MitarbeiterInnen in Kyiv sowie RepräsentantInnen in Dnipropetrowsk, Doneck, Charkiv, L'viv, Odessa, Simferopol und Užhorod, wobei anscheinend alle MitarbeiterInnen ukrainische Staatsangehörige sind. Damit dürfte die IRF bezüglich der Anzahl und geographischen Streuung ihrer RepräsentantInnen die – womöglich mit Abstand – am besten ausgestattete westliche Stiftung in der Ukraine sein.

Die Eurasia Foundation

Abschließend muss noch kurz auf die Eurasia Foundation (EF) eingegangen werden. 1993 gegründet, unterscheidet sie sich von den beiden zuvor beschriebenen Stiftungen vor allem dadurch, dass der Großteil ihrer Gelder von USAID stammt. Gemäß der Standardformulierung der ausschließlich in der ehemaligen Sowjetunion aktiven Stiftung ist sie „a privately managed non-profit grant making organization created by the U.S. government“.⁶⁷ Die Stiftung nährt sich im wesentlichen aus einem mehrjährigen „grant“ von USAID, war jedoch, einem Bericht vom Frühjahr 2002 zufolge, auch in der Lage, „über US\$30 Millionen von ausländischen Regierungen, Stiftungen, Privatfirmen und -personen“ einzuwerben.⁶⁸ Im Jahre 2003 hatte die EF 250 MitarbeiterInnen und bis dahin insgesamt über US\$130 Millionen an 6.500 Projekte in den 12 Ländern, in denen sie aktiv ist, vergeben. Die Schwerpunkte der Tätigkeit der EF ist die Unterstützung

- des privaten, insbesondere kleinen Unternehmertums,
- von Verwaltungsreformen, insbesondere örtlicher Selbstverwaltung sowie
- der Entwicklung der Zivilgesellschaft einschließlich der Massenmedien.⁶⁹

Das Kyiver Büro der EF begann seine Fördertätigkeit 1994 und ist ebenfalls für Belarus und Moldova zuständig, wo die Stiftung inzwischen kleine Vertretungen unterhält. Seit dem Frühjahr 2002 gibt das Kyiver Büro halbjährlich einen illustrierten Newsletter, „Eurasia News“, heraus, der nicht nur von den Aktivitäten der EF, sondern in Gastkolumnen auch von den Initiativen weiterer Stiftungen in Kyiv berichtet.

Die offiziellen Angaben der EF zum Umfang der Förderung für die Ukraine, Belarus und Moldova sind nicht widerspruchsfrei. Während der Direktor der EF im Frühjahr 2002 angab, das Kyiver Büro der Stiftung habe bis 1998 bereits US\$12 Millionen vergeben,⁷⁰ spricht eine offizielle Darstellung vom Frühjahr 2003 für den Zeitraum 1994–2002 von US\$13 Millionen,⁷¹ also lediglich US\$1 Million mehr als bis zum Jahr 1998. Letzteres erscheint als unwahrscheinlich, gab doch die EF ebenfalls an, als Gesamtorganisation bis zum Jahre 2002 mehr als US\$118 Millionen und bis zum Jahr 2003, wie schon erwähnt, über US\$130 Millionen in der ehemaligen Sowjetunion vergeben zu haben.⁷² In einem weiteren Beitrag in einer Ausgabe von „Eurasia News“ aus dem Jahre 2002 ist zudem von insgesamt US\$104 Millionen die Rede, die von EF in 5.000 „small grants“ vergeben worden seien.⁷³ Derartige Widersprüche sind allerdings für die Eigendarstellungen der Rolle des Westens in den osteuropäischen Transformationsprozessen

⁶⁷ Eurasia News. Belarus, Moldova, Ukraine, 1/2002, S. 1. Die hier und weiter unten zitierten Quellen wurden dem Autor im Herbst 2003 von der Mitarbeiterin des Kyiver Büros der EF, Dzvenizlava Novakivskaja, zur Verfügung gestellt. Der Autor bedankt sich herzlich bei Frau Novakivskaja und der EF für diese wertvollen Materialien.

⁶⁸ Ebd.

⁶⁹ Eurasia News. Belarus, Moldova, Ukraine, 3/2003, S. 1.

⁷⁰ Richard Shepard: Message from the Director, in: Eurasia News. Belarus, Moldova, Ukraine, 1/2002, S. 1 & 5, hier S. 1.

⁷¹ Eurasia News. Belarus, Moldova, Ukraine, 3/2003, S. 1.

⁷² Ebd., 1/2002, S. 1; 3/2003, S. 1.

⁷³ NN: Partnering with Business, in: Eurasia News. Belarus, Moldova, Ukraine, 1/2002, S. 2.

nicht untypisch und wohl ein Grund für die häufig anzutreffende osteuropäische Skepsis gegenüber diesen westlichen Aktivitäten.

Die Masse, Breite und Originalität der von EF unterstützten Projekte ist dahingegen eindrucksvoll. Darunter sind Programme

- in Betriebswirtschaftslehre an der Universität Kyiv „Mohyla Akademie“ unter dem Titel Economics Education and Research Consortium,
- zur Kreditvergabe an Kleinunternehmen,
- gegen Produktpiraterie,
- zur Entwicklung von Tourismus, darunter Öko-, Kulturerbe- und Agrotourismus in der Ukraine,
- zur Unterstützung privater Landwirtschaft,
- zur Unterstützung privaten Rechtsschutzes,
- zur Erforschung solcher Fragen wie des Beitritts der Ukraine zur Welthandelsorganisation oder des Status⁷ der unabhängigen Massenmedien in der Ukraine.

Diese Fallstudie macht deutlich, dass das westliche private und halbstaatliche Engagement in der Ukraine von Vielfalt und Professionalität geprägt ist. Nichtsdestoweniger werden im abschließenden Fazit weiter unten Vorschläge zur Verbesserung der Umsetzung westlicher Hilfsstrategien gemacht.

III. Empfänger und Auswirkungen westlicher Demokratieförderung in der Ukraine

Während sich bis hierher auf verschiedene Förderprogramme konzentriert wurde, soll nun in drei weiteren Fallstudien die Art und Weise der Einwirkung westlicher Förderprogramme kurz illustriert werden.

Fallstudie 3: Die Kyiver Nichtregierungsorganisationen „Zentrum für Philanthropie“ und „Gurt“ (Team)

Hier werden zunächst zwei bedeutende Kyiver NGOs, die als Ressourcenzentren für andere NGOs, also als Multiplikatoren für den ukrainischen Dritten Sektor wirken, vorgestellt.

Das Zentrum für Philanthropie

Das Kyiver Centre for Philanthropy (CFP) wurde nach eigenen Angaben 1997 von einer Gruppe von „committed NGO professionals“ gegründet.⁷⁴ Das Zentrum sieht sich als Pilotorganisation und bemüht sich um die Förderung von Wohltätigkeit durch ukrainische Sponsoren bzw. die Schulung ukrainischer NGOs zur Einwerbung von Mitteln. Das offizielle Motto des Zentrums ist „eine Kultur der Philanthropie in der Ukraine zu entwickeln und Bürger zu Partizipation und unabhängiger sozialer Aktivität zu ermutigen“. Es arbeitet mit ukrainischen Arbeitgeber- und Industrieverbänden zusammen und ist ein Partner der Abteilung für Sozialpolitik und -hilfe der Kyiver Stadtverwaltung, wobei CFP als „clearing house“ für die Interaktion lokaler NGOs, Spender und der Verwaltung bei der Lösung sozialer Probleme Kyivs wirkt. Gemäß der Selbstdarstellung des CFP beträgt die Zahl der „permanent clients (those organizations and individuals using services on regular basis)“ 87. Die jährliche „services number“ erreicht 700, was Konsultationen, Lehrgänge, Empfehlungen, „learning exchanges“ und praktische Unterstützung bei der Einwerbung von Sponsorenmitteln einschließt. Das Zentrum bezeichnet seine Bibliothek als

⁷⁴ Es handelte sich um die Teilnehmer an dem sogenannten Third Sector Development Partnership Program der Assoziation der Städtepartnerschaft Boston-Kyiv (Massachusetts, USA) im Jahre 1997. Informationsblätter des CFP (freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Svitlana Kuts, Kyiver CFP Büro, Mai 2004).

„einmalig“ und stellt eine Kollektion von 2.000 Titeln sowie elektronische Ressourcen, einen Newsletter, Reader und bibliographische Dienste zur Verfügung. Die Zahl der jährlichen NutzerInnen der Bibliotheksdienste beträgt 270.

Das CFP führt eine große Anzahl an jährlichen Projekten durch. Besonderer Erwähnung bedarf eine Initiative, welche das CFP im Jahre 2000 mit der International Fundraising Consultancy (Großbritannien) entwickelte: ein International Fundraising Workshop als eine Serie von jährlichen Veranstaltungen für Repräsentanten von NGOs und sozialen Projekten aus der GUS und anderen europäischen Staaten. Der erste derartige Workshop fand im Juni 2001 auf der Krim statt und hatte 68 TeilnehmerInnen; der zweite ein Jahr später hatte 90. Die Hörer für die beiden Workshops kamen aus Armenien, Aserbaidjan, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, der Ukraine, Usbekistan, Russland und Moldova, die Trainer aus Russland, der Ukraine und Großbritannien.⁷⁵

Angefügt ist eine Aufstellung der Finanzierungsquellen des CFP und der Höhe der erhaltenen Beiträge im Jahre 2000:

Tabelle 10: Berichtete Einnahmen der Kyiver Nichtregierungsorganisation Centre for Philanthropy im Jahr 2000.

Einkommensquelle	Förderbetrag in US\$	Anteil
Förderung durch Stiftungen	68.422,00	84,8%
Charles Steward Mott Foundation (über das Kyiver Büro der Eurasia Foundation)	53.420,00	
Eurasia Foundation	5.977,00	
International Renaissance Foundation	1.170,00	
Charity Know How	3.000,00	
Freedom House	4.855,00	
private Zuwendungen an CFP	1.100,00	1,3%
Relcom	600,00	
anonyme Spender	300,00	
Ukrsocbank	200,00	
kostenlose Dienste an CFP	5.705,21	7,0%
Verlagshaus „Atika“	177,21	
Jugendbibliothek	2.128,00	
Fernsehgesellschaften	3.400,00	
Geschenke an CFP	2.100,00	2,6%
Computer	900,00	
Buchspenden von natürlichen und juristischen Personen	1.200,00	
unbezahlte Arbeit für CFP	3.300,00	4,0%
Arbeitszeit, die vom Personal und Volontären des CFP gespendet wurde	2.700,00	
Summe	160.654,42	100%

Quelle: Informationsblatt des CFP (freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Svitlana Kuts, Kyiver CFP Büro, Mai 2004).

⁷⁵ Ebd. Siehe auch www.philanthropy.org.ua

Das Ressourcenzentrum für NGO-Entwicklung „Gurt“

„Gurt“ (Team) wurde im Oktober 1995 mit dem Ziel gegründet, die Entwicklung des ukrainischen Dritten Sektors zu fördern. Ähnlich CFP stellt „Gurt“ Konsultations-, Partnersuch- und Trainingsdienstleistungen zur Verfügung und organisiert Seminare für NGOs. Es publiziert den Newsletter „Nova Hromada“ (Neue Gesellschaft), den im Jahr 2001, gemäß der Selbstdarstellung von „Gurt“, über 5.000 ukrainische NGOs, wohltätige Stiftungen, Massenmedien und staatliche Repräsentanten regelmäßig erhielten.⁷⁶ Gemäß einer Quelle hilft „Gurt“ jährlich hundert NGOs aus Kyiv sowie den umliegenden Regionen Žytomyr, Černihiv, Čerkassy und Kirovohrad. 1997 gab „Gurt“ die Broschüren „Wie man eine NGO gründet und führt“ und „Der Dritte Sektor in der Ukraine und unterstützende Organisationen“ heraus. Zu den Partnern von „Gurt“ gehören

- die Foundation of International Civic Communications,
- AISEC,
- das Ukrainische Jugendzentrum,
- das Orpheus Civil Society Mutual Support Project,
- das European Foundation Center,
- das International Center for Not-for-Profit Law,
- VOICE International,
- die Conference of Ukrainian Students of Canada,
- die Charities Aid Foundation (Russland),
- United Way of Belarus sowie
- euroCom e.V.

„Gurt“ hat, gemäß derselben Quelle, fünf VollzeitmitarbeiterInnen sowie eine/n Vollzeitvolontär/in des Peace Corps.⁷⁷

Besonderer Erwähnung bedürfen zwei von „Gurt“ ins Leben gerufene NGO-Netzwerke: das sogenannte Information Community Netzwerk und Ukrainian Network of Volunteer Centres, jeweils aus 14 NGOs bestehend. Während ersteres sich um die Sammlung, den Austausch und die Verbreitung von sozialen Informationen in verschiedenen Regionen in der Ukraine bemüht, ist letzteres eine Verbindung von Organisationen, die als örtliche Freiwilligenzentren fungieren. Beide Projekte wurden offenbar wesentlich von der Mott-Stiftung gefördert.

Für die finanziellen Quellen der Tätigkeit von „Gurt“ siehe Tabelle 11 auf der nächsten Seite.

In den Tabellen 10 und 11 wird die prominente Rolle der Mott-Stiftung für den Unterhalt und die Projektarbeit dieser beiden Dach-NGOs deutlich. Die Beträge, die das CFP und „Gurt“ von Mott erhielten, sind im ukrainischen Kontext erheblich und illustrieren schon das eingangs zitierte Dilemma: Mott verwendet zwar keine Mittel für den Unterhalt einer Vertretung in Kyiv und kann daher um so großzügiger NGOs, wie das CFP oder „Gurt“, fördern. Die Stiftung hat aber andererseits durch die Ferne ihres Prager Büros nur beschränkte Möglichkeiten, die Verwendung ihrer Mittel zu kontrollieren. Es ist zu vermuten, dass Mott derartige Überprüfungen durch Konsultationen mit anderen, in Kyiv ständig präsenten westlichen Stiftungen substituiert.

⁷⁶ <http://www.gurt.org.ua/>. Siehe auch <http://www.voiceinternational.org/gurt/>

⁷⁷ <http://www.civilsoc.org/nisorgs/ukraine/kyiv/gurt.htm>

Tabelle 11: Berichtete Einnahmen der Kyiver Nichtregierungsorganisation „Gurt“ im Jahr 2001.

Einkommensquelle	Förderbetrag in UAH	umgerechnet in US\$
Direkte Förderung (Grants)		
Charles Steward Mott Foundation	143.387,43	26.390,00
Freedom House	58.336,28	10.770,00
Westminster Foundation for Democracy	57.885,75	10.725,36
Canadian Fund	48.212,41	8.974,59
Charity Know How	19.525,63	3.634,64
International Renaissance Foundation	3.630,24	675,76
Unterstützung via Partnerprojekte		
BORIS (Warschau)	11.394,84	2.151,00
NISPAcee (Bratislava)	6.731,05	1.260,00
Medicines sans Frontiers (Kyiv)	1.227,95	226,00
Andere Quellen		
Spenden von Privatpersonen	1.635,37	304,42
Zinsgewinne	1.673,89	311,59
Übertrag zu Beginn des Jahres 2001	2.401,44	447,02
Summe	356.042,28	65.870,38

Quelle: 2001 Annual Financial Report. – Kyiv: GURT 2002 (entnommen aus: www.gurt.org.ua).

Fallstudie 4: Westliche Medienförderung in der Ukraine

Im Folgenden wird ein kurzer Überblick zum Engagement westlicher Programme im Medienbereich während der letzten Jahre versucht.

Die Vereinigten Staaten

USAID stellte im Zeitraum 1993–2003 mehr als US\$20 Millionen für Beratung, Training und Ausrüstung unabhängiger Print- und elektronischer Medien zur Verfügung. Im Sommer 2003 genehmigte USAID ein weiteres Fünfjahresprojekt zur Unterstützung unabhängiger Medien im Umfang von US\$10 Millionen.⁷⁸ Diese Summe wurde nach Ausschreibung an einen gemeinsamen Projektvorschlag der Internews Network, Inc. (USA), des International Research & Exchange Board (IREX, USA) und der IRF vergeben.

Der Chefredakteur der angesehenen Kyiver Tageszeitung *Kievskij telegraf*, Volodymyr Skačko, äusserte sich im Sommer 2003 zurückhaltend bezüglich der bisherigen USAID-Förderung von ukrainischen Medien. Skačko meinte gegenüber der *Kyiv Post*, dass der Großteil des bisher zur Verfügung gestellten Geldes nicht gemäß der Zielstellung des Programms verwendet wurde. Der Redakteur äußerte sich aber gleichzeitig mit Hochachtung über das Rechtsschutzprogramm von USAID und IREX, welches wichtige Hilfe für unabhängige Medien, die sich ungerechtfertigter Gerichtsklagen erwehren mussten, zur Verfügung gestellt habe.

Gemäß der Recherchen der *Kyiv Post* wird Internews Network in den kommenden fünf Jahren ca. US\$1 Million pro Jahr zur Stärkung des unabhängigen Fernsehens erhalten. IREX wird US\$600.000 pro Jahr für Rechtsberatung und Unterstützung von Printmedien erhalten. Und die IRF wird ca. US\$300.000 pro Jahr in Form von Projektgeldern an unabhängige Medien vergeben.⁷⁹

⁷⁸ Peter Byrne: Detail skimpy on \$10 million media project, in: *Kyiv Post*, 7.8.2003, S. 3.

⁷⁹ Ebd.

Gleichzeitig sind die USA seit Oktober 2003 dabei, die Mittel für ukrainischsprachige Sendungen der internationalen US-Sender Voice of America und Radio Free Europe/Radio Liberty zu kürzen. Die Sendungen dieser Radiostationen haben gemäß einer Umfrage des Prager Büros von RFE/RL ein größeres Publikum als vergleichbare Sendungen der British Broadcasting Corporation und Deutschen Welle.⁸⁰ Obwohl das Gesamtbudget etwa von Voice of America um 9,5% auf US\$563,5 Millionen steigt, ergibt sich für die ukrainischen Programme aufgrund der Schwerpunktverlagerung in den Mittleren Osten und nach Südostasien eine Kürzung der Sendedauer von 2 Stunden auf 1 Stunde pro Tag und des Personals um drei Mitarbeiter. Obwohl RFE/RL seine Ausgaben für die ukrainischen Sendungen ebenfalls kürzen soll, wird Radio Liberty, gemäß einer Aussage der Direktorin für Medienangelegenheiten Sonia Winter, seinen Sendeumfang in der Ukraine nicht kürzen.⁸¹

Die Europäische Union

Die EU-Vertretung in der Ukraine vergab im Jahr 2003 im Rahmen des sogenannten BISTRO-Programms für Information und Kommunikation €469.000. Ein Bestandteil des Programms sind Projekte zur Unterstützung unabhängiger Medien, wobei hier die geforderte Projektgröße zwischen €50.000 und €100.000 liegen soll.⁸²

Die Europäische Akademie in Berlin führte im Rahmen des TACIS Democracy Programms zwei Projekte zum Thema „Presse in der Demokratie“ durch. Das zweite dieser Projekte zum Beispiel hieß „Journalist Training in Ukraine and Belarus“ und beinhaltete mehrere Seminare zu rechtlichen und politischen Themen für 6–51 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Ein Ergebnis war die Herausgabe eines „Handbuches Moderner Journalismus“ in russischer Sprache. Die EAB führt jährlich einwöchige Kurse für ukrainische Journalisten in Berlin durch.⁸³

Deutschland

Die deutsche Förderung für ukrainische Medien scheint im Vergleich zu den oben aufgeführten Beträgen weniger kostenintensiv zu sein. Trotzdem waren zumindest bis 2001 die Verbindungen zwischen der Ukraine und Deutschland im Medienbereich, wie von Wilfried Jilge dargelegt, vielfältig.⁸⁴ Alle politischen Stiftungen waren und sind in unterschiedlichem Umfang beteiligt, wobei die Konrad-Adenauer-Stiftung in diesem Bereich zu den aktivsten deutschen Förderern gehört. Zu den Aktivitäten der KAS gehörten

- die Vorlesungsreihe „Recherchieren im Journalismus“ in Kyiv (gemeinsam mit dem F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen),
- jährliche Workshops und Seminare für ca. 50–150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu Themen wie Medienrecht, Ethik und Medien als vierte Gewalt (in Zusammenarbeit mit dem Institut für Journalistik der Ševčenko-Universität Kyiv und dem ukrainischen Journalistenverband) sowie
- die Förderung von jährlich 2–3 ukrainischen Journalisten, die Gelegenheit haben, das F.A.Z.-Institut zu besuchen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat unter anderem enge Verbindungen zum Medien-Ausschuss des ukrainischen Parlaments (Verchovna Rada), den sie berät. Weiterhin organisiert auch die FES

⁸⁰ Daniel Macisaac: Senator: Ukraine needs Liberty, in: Kyiv Post, 7.8.2003, S. 2.

⁸¹ Ebd.

⁸² Delegation of the European Commission to Ukraine, Belarus and Moldova, Hg.: Support to Independent Media. Guidelines for grant applicants responding to the call for proposals for 2003. Budget line B7520/522/020101. – Kyiv: Europäische Union, Mai 2003.

⁸³ Jilge, Dialog mit Defiziten, S. 56–57.

⁸⁴ Jilge, Dialog mit Defiziten, S. 54–57.

Praktikantenaufenthalte für ukrainische Journalisten in Deutschland und andere Fortbildungsmaßnahmen für junge Journalisten (u.a. in Zusammenarbeit mit der Deutschen Welle).

Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte unter anderem die L'viver Intellektuellenzeitschrift „Ji“, die sich mit Themen wie Nationalismus und Menschenrechte beschäftigt. Diese Förderung wurde jedoch 2002 eingestellt.⁸⁵

Nach Informationen aus dem Goethe-Institut Kyiv liegt der durchschnittliche Betrag an Projektgeldern, der jährlich an deutschsprachige Zeitungen in der Ukraine fließt, bei ca. EUR10.000.⁸⁶

Während Wilfried Jilge 2001 noch darauf verweist, dass weitere politische Stiftungen und andere Einrichtungen bei der Fortbildung ukrainischer Journalisten aktiv waren (Hans-Seidel- und Heinz-Kühn-Stiftung, Stiftung Niedersachsen, Gustav-Stresemann-Institut, Deutsche Welle, Bayerischer Rundfunk),⁸⁷ kommt im Sommer 2003 die damalige Regionalkoordinatorin des Lektorenprogramms der Robert Bosch Stiftung Manja Posselt zu der Einschätzung, dass alles in allem das Engagement deutscher Stiftungen im Medienbereich zurückgegangen ist.⁸⁸

Die wichtigsten Organisationen, über welche die Förderung der deutsch-ukrainischen Medienkooperation geschieht, sind die Akademie der Ukrainischen Presse (AUP; Vorsitzender Bohdan Prokopovyč) und die Deutsch-Ukrainische Journalistenvereinigung (Vorsitzende Nina Werkhäuser, Deutsche Welle). Die AUP, die unter anderem im Rahmen des TRANSFORM-Programms vom Zentrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) gefördert wurde, kooperierte mit der Akademie der Bayerischen Presse, der Deutschen Botschaft und der EU-Vertretung bei der Organisation von Schulungsmaßnahmen für Journalisten und Pressereferenten. Die DUV versucht vor allem deutsche und ukrainische Journalisten – etwa durch Begegnungsreisen – zusammenzubringen und deutsche Journalisten in die Ukraine, auch in die Provinz, zu bringen.

International Renaissance Foundation

Die Koordinatorin des IRF-Medienprogramms Oksana Vološenjuk teilte 2003 mit, dass die IRF im Jahr 2002 74 Medienprojekte im Gesamtumfang von US\$757.000 unterstützte.⁸⁹ Im Jahr 2001 umfasste das Mass Media Program der IRF US\$860.378 als Teil des insgesamt US\$3.333.413 umfassenden Civil Society Development Programs. Die IRF-Medienförderung war auf 45 Projekte verteilt wurden. Die Programme umfassten eine große Spannweite von Themen angefangen bei Journalistenfortbildung über Medienrecht bis hin zu politischer Satire.⁹⁰

Fallstudie 5: Förderung des Hochschulwesens

Das Hochschulwesen der Ukraine dürfte insbesondere für die deutsche Leserschaft interessant sein, sind doch die Beziehungen zwischen deutschen und ukrainischen Hochschulen im europäischen, ja sogar osteuropäischen Vergleich – trotz der relativen geographischen Nähe der beiden Länder und des großen Interesses an Deutschland in der Ukraine – noch relativ unterentwickelt. Die WWW-Übersicht der Hochschulrektorenkonferenz zu den deutsch-ukrainischen Hochschulpartnerschaften hatte im Juni 2004 lediglich 137 Einträge, während es bezüglich der oft mit der Ukraine verglichenen Staaten Polen und Russland entsprechend 625 bzw. 525 Einträge

⁸⁵ Persönliche Kommunikation mit Manja Posselt, 2001–2003 Regionalkoordinatorin des Lektorenprogramms der Robert Bosch Stiftung GmbH in der Ukraine, September 2003.

⁸⁶ Interview mit Caspar Hoppe, Goethe-Institut Kyiv, September 2003.

⁸⁷ Jilge, Dialog mit Defiziten, S. 54–57.

⁸⁸ Persönliche Kommunikation mit Manja Posselt, September 2003.

⁸⁹ Byrne, Detail skimpy on \$10 million media project, S. 3.

⁹⁰ International Renaissance Foundation, Annual Report 2001, S. 9, 48–52.

zu dieser Zeit gab.⁹¹ Im akademischen Jahr 2003–2004 studierten circa 4.000 UkrainerInnen in Deutschland.⁹²

Obwohl die Ukraine ein relativ großes europäisches Land ist und über ein vielfältiges Hochschulsystem verfügt, ist bisher nur wenig westliche Literatur zu den Reformen im ukrainischen Hochschulwesen verfügbar.⁹³ Dies ist bedauerlich, bestimmt doch die Qualität des Universitätswesens ganz wesentlich die Zukunft eines Landes – insbesondere von Transformationsstaaten. Genauere Untersuchungen zum Einfluss westlicher Programme auf das Hochschulwesen der Ukraine wären auch deshalb begrüßenswert, weil hier in noch größerem Maße als für andere gesellschaftliche Bereiche der Grundsatz gilt, dass vor Ort ausgegebenes Geld im Allgemeinen höhere Ergebnisse erzielt als die Finanzierung des Transports und Lebensunterhalts sowie der Unterbringung und Schulung ukrainischer Repräsentanten in westlichen Ländern. Zudem tritt im Hochschulwesen durch die westlichen Stipendienprogramme in besonderem Maße der sogenannte „Brain Drain“ zutage – nicht zuletzt aufgrund der besonders prekären finanziellen Situation der Hochschulen, Lehrstühle, Bibliotheken, ProfessorInnen, DozentInnen und, nicht zuletzt, Studierenden.

Die Lektorenprogramme des DAAD und der Fulbright-Kommission

Zu den größten und renommiertesten staatlichen Projekten, die sowohl auf herkömmliche Stipendienprogramme als auch Mittelinvestitionen vor Ort setzen, gehören die Gastlektoren- beziehungsweise Gastdozentenprogramme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes und der US-amerikanischen Fulbright-Kommission. Letztere hatte im akademischen Jahr 2001–2002 zum Beispiel neun amerikanische Gastdozenten im Einsatz. Zur Illustration des Programms werden hier die Universitäten und Fächer der Fulbright-DozentInnen des akademischen Jahres 2001–2002 aufgeführt:

Tabelle 12: Fulbright-Dozenturen im akademischen Jahr 2001–2002.

Anzahl	Universität/en und Ort	Fach/Fächer
1	Nationale I.-Franko-Universität & L.-Kurbas-Theater L'viv	Dramaturgie, englischsprachige Literatur
1	Nationale Landwirtschaftliche Universität Kyiv	Landwirtschaft, Ökologie
1	Nationale I.-Franko-Universität und Katholische Universität L'viv	Europäische Geschichte
1	Nationale Kunst- & Architekturakademie & Wisconsin International University Kyiv	Computergraphik
1	Karpenko-Karyj-Institut für Theaterkunst Kyiv	Theorie & Geschichte des amerikanischen Theaters
1	Theologische Akademie & Katholische Universität L'viv	Geschichte, Englisch
1	Nationale Juristische Akademie Odessa	Verfassungs- & Wirtschaftsrecht
1	Offene Internationale Universität für Personalentwicklung Kyiv	Erziehungswissenschaften, Behindertenrechte
1	Nationale Universität Kyiv „Mohyla-Akademie“ & Internationale Universität Kyiv	Rechtswissenschaften

Quelle: Fulbright Newsbrief, 1. Jg., 1/2002, S. 1–3.

⁹¹ Rumänien, ebenfalls ein guter Vergleichsfall, hatte im Juni 2004 gemäß der Darstellung der HRK 176 Hochschulpartnerschaften mit Deutschland. <http://www.hochschulkompass.de/4dcgi/F11,2.1,5.-16,8.182,16.87,7.17,19.25,18.75,15.6>

⁹² http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos/laender/laender_ausgabe_html?land_id=180&type_id=14

⁹³ Tanja Penter: Das Hochschulwesen in der Ukraine. Zu Reformen, gesetzlichen Grundlagen, Problemen und Perspektiven nach der staatlichen Unabhängigkeit, in: Osteuropa, 11/2001, S. 1212–1232; William Gleason: Ukrainian Higher Education in Transition. Perspectives and Policy Implications, in: Demokratizatsiya, 9. Jg., 3/2001, S. 434–445; Konferenz der Rektoren und Präsidenten der Hochschulen in der Bundesrepublik, Hg.: Kooperation deutscher Hochschulen mit Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen in der Ukraine. – Bonn: 2003.

Der DAAD unterhält in der Ukraine in etwa die gleiche Anzahl an Lektoraten wie das Fulbright-Programm, ist aber alles in allem ein bedeutenderes Programm für die Ukraine, wird es doch in weiteren Bereichen des Studierenden- und Wissenschaftlernaustausches in größerem Maßstab als Fulbright und ähnliche US-amerikanische Regierungsprogramme (Muskie, Freedom Support Act) tätig. Diese Aktivitäten wurden bereits in der eingangs erwähnten Studie von Wilfried Jilge ausführlich beschrieben, weshalb hier nicht nochmals im Detail darauf eingegangen werden muss und exemplarisch die DAAD-Lektorate im akademischen Jahr 2003–2004 aufgeführt werden:

Tabelle 13: DAAD-Lektorate im akademischen Jahr 2003–2004.

Stellenzahl	Universität/en und Ort	Lehrstuhl/Institut
1	Staatliche Pädagogische G.-S.-Skovoroda Universität Charkiv	Lehrstuhl für deutsche Philologie
1	Nationale I.-I.-Menšikov-Universität Odessa	Lehrstuhl für deutsche Philologie
1	Nationale Technische Universität der Ukraine, Kyiv	Lehrstuhl für Theorie, Praxis & Übersetzung der deutschen Sprache
1,25	Nationale T.-Ševčenko-Universität Kyiv	Institut für internationale Beziehungen, Lehrstuhl für deutsche Philologie
1	Nationale I.-Franko-Universität L'viv	Lehrstuhl für deutsche Philologie
1	Nationale Linguistische Universität Kyiv	Lehrstuhl für Übersetzung und Dolmetschen der deutschen Sprache
1	Nationale Universität Doneck	Lehrstuhl für deutsche Sprache
1	Nationale J.-Fedkovič-Universität Černyvcı	Lehrstuhl für deutsche, allgemeine & vergleichende Philologie

Quelle: Informationsblatt des DAAD-Büros Kyiv, 2003.

Das Lektorenprogramm des Civic Education Projects

Das Civic Education Project (CEP), 1991 gegründet, war – zumindest bis zu seiner Umwandlung in das Academic Fellowship Program im Jahr 2004 – im Bereich der sozial- und geisteswissenschaftlichen Hochschullehre für viele Jahre das wichtigste westliche Programm im postkommunistischen Raum allgemein und in der Ukraine im Besonderen. Das effektive Programm ist ausführlich auf seiner WWW-Seite beschrieben.⁹⁴

Eine innovative Initiative des CEP etwa war dessen im Jahr 1997 gemeinsam mit dem Salzburger Institut für die Wissenschaften vom Menschen durchgeführtes Regional Needs Assessment Project in Zentraleuropa, im Baltikum, in Russland und in der Ukraine. In dieser Untersuchung zu internationalen Kontakten der Universitäten sowie des potenziellen Bedarfs an ausländischen Lektoren von CEP und ähnlichen Programmen wurde deutlich, dass zum einen die Hochschulen der Ukraine und Russlands weniger Auslandsverbindungen als diejenigen Zentraleuropas und des Baltikums haben und zum anderen die hauptstädtischen Universitäten weit mehr Kontakte ins Ausland als die Provinzhochschulen in den Regionen haben.⁹⁵ Auch wurde im Laufe der Tätigkeit von CEP deutlich, dass die Förderung im Westen ausgebildeter junger Ortskräfte langfristig sinnvoller als die zeitlich beschränkte Versendung westlicher GastlektorInnen ist.

⁹⁴ <http://www.cep.org.hu>; www.civiceducationproject.org

⁹⁵ Daniel Calingaert/Robert M. Jenkins/Thomas Carson: Regional Needs Assessment Project, in: Civic Education Project, Hg.: Annual Report 1996–1997, S. 38–39.

Das CEP veränderte dementsprechend seine Politik im gesamten Fördergebiet von Tschechien bis in die Mongolei. Dies galt auch für die Ukraine, wo es seit 1992 aktiv ist und ein 2003 aus drei Mitarbeitern bestehendes ständiges Kyiver Büro unterhält, das auch für Belarus und Moldova zuständig ist. 1996–1997 noch förderte das CEP fünfzehn Visiting Lecturers bzw. Visiting Faculty Fellows, d.h. westliche Gastlektoren, und lediglich drei Eastern Scholars oder Local Faculty Fellows, d.h. einheimische Ortslektoren, in der Ukraine (bei insgesamt 18 Lektoraten). Im akademischen Jahr 1999–2000 hatte es dagegen nur noch acht Gastlektoren und dafür zwölf Ortslektoren in seinem Programm (bei insgesamt 20 Lektoraten). Bis zum akademischen Jahr 2002–2003 hatte sich die Zahl der westlichen Gastlektoren weiter auf fünf verringert und die Zahl der Ortslektoren auf fünfzehn nochmals erhöht (alles in allem weiterhin 20). Auch hat sich die regionale Verteilung der Lektoren verändert. Während es 1996–1997 noch drei Gastlektoren in Kyiv gab (alle an der Mohyla-Akademie), waren es im Jahr 1999–2000 nur noch ein Gastlektor und ein Ortslektor sowie 2002–2003 nur zwei Ortslektoren, die an Kyiver Hochschulen unterrichtet.⁹⁶

Das Lektoren- und Kulturmanagerprogramm sowie Theodor-Heuss-Kolleg der Robert Bosch Stiftung GmbH

Das 1993 gegründete Lektorenprogramm der Robert Bosch Stiftung GmbH (RBSG)⁹⁷ ähnelt dem CEP insofern, als es ebenfalls ein aus privaten Mitteln gefördertes und sich dynamisch entwickelndes Projekt mit einer wachsenden Zahl daraus entstandener Unterprogramme und Einzelinitiativen darstellt.⁹⁸ Es gleicht dem DAAD-Lektorenprogramm insofern, als es seinen Schwerpunkt in der Vermittlung der deutschen Sprache und von Kenntnissen über Deutschland sieht. Wie auch das CEP startete das Boschlektorenprogramm als eine Initiative zur Entsendung westlicher Gastlektoren, d.h. in diesem Fall deutscher MuttersprachlerInnen, nach Mittel- und Osteuropa. Das zunächst als Tutorenprogramm bezeichnete Projekt hat den Auftrag, nicht nur die Vermittlung der deutschen Sprache in Osteuropa sowie der GUS zu unterstützen, sondern auch bei der Heranbildung einer neuen Generation junger Deutscher mit praktischen Arbeitserfahrungen in der Region mitzuwirken. Diese Grundidee wurde im Laufe der Jahre durch eine Reihe weiterer Teil- oder Tochterprogramme, die später teilweise aus den Lektorenprogrammen herausgelöst wurden, ergänzt. Dies betraf zunächst die Einführung des Elements der Projektarbeit und eines dementsprechenden Fonds innerhalb des Lektorenprogramms.⁹⁹ In Tabelle 14 auf der nächsten Seite werden einige derartige Lektorenprojekte in der Ukraine aus den Jahren 2001–2003 kurz vorgestellt.

Eine weitere Veränderung des Programms war seine ab 1999 institutionalisierte Ausdifferenzierung in ein Sprach- und ein Fachlektorenprogramm, wobei letzteres Teilprogramm die Vermittlung geistes- und sozialwissenschaftlicher Fächer – soweit möglich in deutscher Sprache – sowie deutscher Fachterminologie impliziert. 2002 wurde das Tandemlektorenprogramm eingeführt, welches die ähnliche Idee der Local Faculty Fellows des CEP insofern erweitert, als die von der RBSG geförderten Ortslektorate jeweils mit einem deutschen Sprach- oder Fachlektorat am selben Institut oder Lehrstuhl kombiniert sind. Eine weitere neue Initiative bildet das ebenfalls 2002 eingeführte sogenannte Kulturmanagerprogramm in Mittel- und Osteuropa, das aus dem Lektorenprogramm herausgelöst wurde und nun in Zusammenarbeit mit dem Institut für Auslandsbeziehungen von der RBSG durchgeführt wird.¹⁰⁰ Dieses Programm unterstützt den deutsch-osteuropäischen Kulturaustausch an kulturellen Einrichtungen und in ausgesuchten

⁹⁶ Civic Education Project, Hg.: Annual Report 1996–1997; dass., Hg.: Directory Academic Year 1999/2000; dass., Hg.: Directory Academic Year 2002/2003.

⁹⁷ http://www.bosch-stiftung.de/foerderung/voelker2/fr_02040000.html

⁹⁸ <http://www.boschlektoren.de>

⁹⁹ <http://www.boschlektoren.de/a-sites/projektterasse/schaufenster.html>

¹⁰⁰ <http://www.ifa.de/integration/bosch.htm>

Organisationen in MOE. In der Ukraine wurde im Sommer 2003 eine erste Kulturmanagerstelle am Bukovina-Zentrum in Czernowitz eingerichtet.¹⁰¹ Im Sommer 2004 folgte eine zweite derartige Stelle am Bayerischen Haus in Odessa.¹⁰²

Tabelle 14: Einige ausgewählte Projekte von Lektoren der RBSG in der Ukraine in den akademischen Jahren 2001–2002, 2002–2003 und 2003–2004.

Lektoratsort	Jahrgang	Projekttitel
Ternopil	2001/02	„Die neue Generation der OstarbeiterInnen“ – eine journalistische Recherche und Dokumentation unter Mitarbeit Ternopiler Studierender
Kirovohrad	2001/02	Besuch der Ausstellung des Goethe-Instituts „Herzliche Grüße“ in Kyiv mit Studierenden und jungen Dozenten aus Kirovohrad
Dnipropetrovs'k	2002/03	Deutscher Filmklub
L'viv & Užhorod	2002/03	Praxisbezogener Fortbildungsworkshop für Journalistik-Studenten und Rundtischgespräche mit Vertretern ausländischer Medien
L'viv	2002/03	„Dasselbe nur anders“: Angewandte Frauenforschung in der Ukraine – Workshop und WWW-Seite ¹⁰³
L'viv	2002/03	Deutschklub
L'viv	2002/03	Deutsche Theatergruppe
L'viv	2002/03	„Galizien übersetzen“ – Herausgabe einer Sammlung studentischer literarischer Übersetzungen
L'viv	2002/03	Deutscholympiade
Poltava	2002/03	„Ein Unterrichtsraum für DaF“ – Studenten renovieren und gestalten einen Unterrichtsraum nach eigenen Plänen
Užhorod	2002/03	Ausstellung „Užhorod mit eigenen Augen“
Užhorod	2002/03	„Nachbarn in Mitteleuropa: Das Fremde und das Gemeinsame“ – slowakisch-ukrainischer Workshop zum Thema Stereotypen
Kyiv	2003/04	„Aktuelle deutsche Literatur textnah interpretieren lernen“ – Workshop
Užhorod	2003/04	„Besser unterrichten“ – slowakisch-ukrainischer Workshop zum modernen Fremdsprachenunterricht

Quelle: Informationen von Christine Haller, Länderreferentin für die Ukraine beim Lektorenprogramm der RBSG, Osteuropa-Zentrum, Universität Hohenheim, Stuttgart, 2004.

In Tabelle 15 auf der nächsten Seite wird die zahlenmäßige Entwicklung des Sprach-, Fach- und Tandemlektoren- sowie Kulturmanagerprogramms in der Ukraine seit 1994 zusammengefasst.

¹⁰¹ http://hosted.sacura.net/oldfriends/bz/Deutsch/zag_inf.html; Kathrin Hartmann: Mythos sucht europäische Gegenwart – Das Bukowina-Zentrum im ukrainischen Tscherniwzi, http://www.ifa.de/integration/bosch_hartmann.htm

¹⁰² <http://bayernhaus.odessa.ua/>

¹⁰³ http://home.arcor.de/womenstudies_ukraine/

Tabelle 15: Das Lektoren- sowie Kulturmanagerprogramm der RBSG in der Ukraine 1994–2005 in Zahlen.

Studienjahr	Sprach- lektorate	Fachlektorate	Tandem- lektorate	Kultur- manager	Gesamt
1994–95	2				2
1995–96	3				3
1996–97	3				3
1997–98	3				3
1998–99	3				3
1999–00	3				3
2000–01	5				5
2001–02	7				7
2002–03	7	1	1		9
2003–04	9	0,5	3	1	13,5
2004–05	10	0,5	4	2	16,5
Gesamt (Jahresverträge)	55	2	8	3	68

Quelle: Informationen der Projektleitung des Lektorenprogramms der RBSG am Osteuropa-Zentrum der Universität Hohenheim, Stuttgart.

In der folgenden Tabelle wird die Verteilung der von der RBSG in der Ukraine unterstützten Hochschullektorate im akademischen Jahr 2004–2005 aufgeschlüsselt:

Tabelle 16: Von der RBSG im akademischen Jahr 2004–2005 unterstützte Sprach-, Tandem- und Fachlektorate im ukrainischen Hochschulwesen.

Stellenzahl	Universität	Institut oder Lehrstuhl
1	Staatliche Pädagogische Universität Sumy	Lehrstuhl für Germanistik
1	Nationale Universität Užhorod	Lehrstuhl für deutsche Philologie
2	Nationale V.-N.-Karasin-Universität Charkiv	Lehrstuhl für deutsche Philologie
2	Nationale Universität „L'vivs'ka Politechnika“	Lehrstuhl für angewandte Linguistik
1	Nationale Polytechnische Universität Odessa	Lehrstuhl für deutsche Philologie
2	Staatliche Pädagogische V.-G.-Korolenko-Universität Poltava	Lehrstuhl für Germanistik, romanische und slawische Sprachen
2	Nationale Linguistische Universität Kyiv	Lehrstuhl für deutsche Philologie
1	Nationale Berguniversität Dnipropetrovs'k	Lehrstuhl für Fremdsprachen
1	Staatliche Pädagogische Universität Slovjans'k	Lehrstuhl für Fremdsprachen
0,5	Nationale T.-Ševčenko-Universität Kyiv	Institut für Internationale Beziehungen
1	Staatliche Pädagogische V.-Hnatjuk-Universität Ternopil	Lehrstuhl für Deutsch

Quelle: Informationen von Silke Erdmann, Regionalkoordinatorin des Lektorenprogramms der RBSG 2003–2005, Charkiv, 2004.

Ein bisher scheinbar einmaliges weiteres Programm der RBSG in Mittel- und Osteuropa ist das aus dem Lektorenprogramm Ende der 1990er Jahre herausgewachsene Theodor-Heuss-Kolleg

(THK) mit Sitz in Berlin,¹⁰⁴ das inzwischen unter der Trägerschaft des ebenfalls mit Hilfe der RBSG 1996 eingerichteten MitOst-Vereins für Sprach- und Kulturaustausch in mittel-, ost- und südosteuropäischen Ländern (gegründet von Stipendiaten der Robert Bosch Stiftung) arbeitet.¹⁰⁵ Das THK zielt darauf ab, junge Mittel- und Osteuropäer in einem frühen Stadium ihrer persönlichen Entwicklung, im Alter von 18 bis 24 Jahren, an die selbstständige Entwicklung, Implementierung und Bilanzierung von Projekten im zivilgesellschaftlichen Bereich ihrer Heimatländer oder grenzüberschreitend heranzuführen.¹⁰⁶ Das Kolleg führt Einführungs-, Schulungs- sowie Abschlussseminare durch und stellt ausgewählten KollegiatInnen im Lauf eines Jahres MentorInnen (zumeist LektorInnen der RBSG vor Ort) zur Betreuung sowie gewisse Projektgelder zur Verwirklichung ihrer Ideen zur Verfügung. Ein THK-Projekt im Kollegjahr 2003–2004 war zum Beispiel ein ukrainisch-rumänischer Workshop in Kyiv zum Thema „Brain Drain“ unter dem Titel „Mein Land – verdient es nicht eine Chance?“,¹⁰⁷ welcher von einer ukrainischen und einer rumänischen Kollegiatin vorbereitet, am 19.–23. März 2004 durchgeführt und im Anschluss ausgewertet wurde.¹⁰⁸

Abschließend muss darauf hingewiesen werden, dass die Ukraine-Förderung der RBSG nicht auf die oben kurz vorgestellten Programme beschränkt ist und eine ganze Reihe weiterer international sowie speziell auf Osteuropa ausgerichteter Programme, darunter etwa „Völkerverständigung macht Schule“ oder „Junge Wege in Europa“, umfasst.¹⁰⁹

IV. Schlussfolgerungen

Wie oben deutlich wurde, arbeiten in allen Förderbereichen mehrere Geberorganisationen aus unterschiedlichen westlichen Staaten parallel. In einzelnen Fällen gibt es zwar gute Kombinationen der spezifischen Profile einzelner Stiftungen – wenn etwa die Mott-Stiftung, die keine Repräsentanz in der Ukraine unterhält, Förderbeträge an die IRF oder Eurasia Foundation mit ihren großen Büros in Kyiv überträgt. Nichtsdestoweniger ist der Gesamteindruck, dass zumindest die kleineren nicht- oder halbstaatlichen Programme trotz ihrer weitgehenden Deckungsgleichheit eher neben- als miteinander arbeiten. In jenen Fällen, in denen es tatsächlich Absprachen gibt, macht sich eine kulturell-sprachliche Segmentierung bemerkbar. Die anglophonen Stiftungen kommunizieren scheinbar weit häufiger untereinander als etwa mit den germanophonen Vertretungen und umgekehrt.

Teilweise gehen die Rückwirkungen derartiger „Unterlassungssünden“ über die Nichtausnutzung potenzieller Synergieeffekte und Verschwendung von Mitteln durch die Doppelung von Initiativen hinaus. Ein hier nicht näher identifizierter Vertreter einer deutschen Stiftung in Kyiv beklagte im Herbst 2003 dem Autor gegenüber, dass einzelne ukrainische NGOs die oben skizzierte Situation gezielt ausnutzen, indem sie identische Projektanträge bei mehreren potenziellen Förderern stellen und in einzelnen Fällen westliche Stiftungen gegeneinander ausspielen. Das von Bailer in ihrer Untersuchung der Effekte westlicher Injektionen in ukrainische NGOs angesprochene Problem der teilweisen Entfremdung des Dritten Sektors von der einheimischen Bevölkerung und seiner Fixierung auf die ausländischen Geberorganisationen wird durch diese Situation weiter verschärft.¹¹⁰

¹⁰⁴ <http://www.theodor-heuss-kolleg.de/>

¹⁰⁵ <http://www.mitost.de>

¹⁰⁶ <http://www.theodor-heuss-kolleg.de/projekte.php3>

¹⁰⁷ http://www.theodor-heuss-kolleg.de/projekte/projekte_2003_04_pol_bildung.php3

¹⁰⁸ <http://www.trialoftears.net/braindrain/frame.html>

¹⁰⁹ <http://www.bosch-stiftung.de/foerderung/voelker2/02040306.html>; <http://www.jungewege.de/>. Die WWW-Seiten weiterer Programme können über die entsprechenden Unterseiten der RBSG sowie des MitOst-Vereins erreicht werden: http://www.bosch-stiftung.de/foerderung/voelker2/fr_02040000.html; www.mitost.de/verein.php

¹¹⁰ Bailer, Förderung von Zivilgesellschaft und Drittem Sektor?

Als wichtigste Schlussfolgerung des Berichtes erscheint in diesem Lichte, dass sich die verschiedenen in der Ukraine präsenten ausländischen staatlichen und nichtstaatlichen westlichen Förderinstitutionen nicht nur, wie bisher geschehen, zu besonderen Anlässen zusammensetzen sollten, sondern sich allgemeiner und systematischer kennen lernen und letztlich enger als bisher zusammenarbeiten sollten. So gibt es zwar schon erhebliche Koordinationserfolge bei der Reaktion auf bestimmte besondere Problemlagen in der Ukraine, wie die Energieversorgung, den Menschenhandel oder HIV/AIDS.¹¹¹ Dies sind jedoch bisher zumeist ad hoc kreierte, anscheinend keineswegs vollständig inklusive „task forces“ und „working groups“ und keine Ausflüsse langfristiger, gezielter Programmkoordination. Wenn das schweizerische Entwicklungshilfeministerium SDC etwa als eines seiner Strategien „[d]ie thematische und geographische Konzentration und Identifizierung von *Pilotprojekten mit Potential zur Replikation und Ausweitung*“ als Mittel zu „einer effizienten Nutzung begrenzter finanzieller Ressourcen“ identifiziert und weiterhin von „Programmkoordination und der Nutzung von Synergien zwischen Projekten“ spricht,¹¹² so ist offensichtlich, dass derartiges Vorgehen nicht nur für programminterne, sondern auch -externe Zusammenarbeit gilt.

Eine gemeinsame Konferenz oder, besser noch, regelmäßige Tagungen der in Kyiv ansässigen sowie nicht ansässigen Förderer – und nicht nur exklusive Treffen kurzfristig gebildeter Arbeitsgruppen, wie derzeit der Fall – könnten erste Schritte sein, Kommunikation zwischen den Organisationen zu fördern. Darüber hinaus schiene es sinnvoll, die Herausgabe eines Periodikums, etwa eines Newsletters und/oder Jahrbuchs, über die Aktivitäten möglichst aller relevanten ausländischen Förderprogramme im Land zu erwägen. In einem dritten Schritt wäre womöglich die Einrichtung einer speziellen Kyiver Koordinierungs-, Kooperations-, Clearing- und Begutachtungsstelle der westlichen Förderprogramme in der Ukraine in Betracht zu ziehen. Dabei müsste wahrscheinlich eine Fördereinrichtung in Absprache mit weiteren Stiftungen die Initiative für die Schaffung eines derartigen Büros übernehmen.

Erste Versuche, derart organisations- und themenübergreifende Koordination zu fördern, gibt es zwar auf nationaler Basis. So wurde zum Beispiel kürzlich mit Unterstützung der Robert Bosch Stiftung ein Büro und eine entsprechende WWW-Seite unter der Bezeichnung „forumNET.Ukraine“ (www.forumnetukraine.org) in Berlin eingerichtet.¹¹³ Oben beschrieben worden ist auch schon das sowohl staatliche als auch nichtstaatliche schweizerische Organisationen betreuende Kooperationsbüro von SDC und seco sowie der Newsletter „Eurasia News“ der Eurasia Foundation. Auch gibt es Versuche, auf dem WWW eine entsprechende Datensammlung zu schaffen.¹¹⁴ Initiativen wie diese haben jedoch für die hier angesprochenen Probleme nur beschränkte Bedeutung.

Das erwähnte Büro in Berlin etwa wird sich zwar, so ist zu hoffen, zu einer wichtigen Institution in Deutschland entwickeln und zum Beispiel die Ukrainische Botschaft bei der Ausübung ihrer Lobbyfunktionen unterstützen sowie zur Erhöhung der Präsenz ukrainischer Belange im öffentlichen Diskurs in Deutschland beitragen. Darüber hinaus kann es aus Berlin die Deutsche Botschaft in der Ukraine bei der Koordination deutschlandspezifischer Programme in der Ukraine unterstützen. Nichtsdestoweniger wird ein Büro in Berlin aus ganz natürlichen Gründen *thematisch* und *ukrainespezifisch* definierte Programmkoordination nur eingeschränkt leisten

¹¹¹ USAID/Ukraine Country Strategic Plan for FY 2003–2007, S. 11.

¹¹² Swiss Agency for Development and Cooperation, Country Programme Ukraine 2002–2006, S. 14, Kursivschrift im Original.

¹¹³ Peter Hilkes: ForumNet.Ukraine, in: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. Rundbrief, 4/2003, S. 3. Anzumerken wäre hier noch, dass die Übernahme eines großen Teils der Anschubfinanzierung für dieses Büro durch die Robert Bosch Stiftung GmbH wohl auch bedeutet, dass diese Stiftung fürs erste ihren Beitrag zur Koordination westlicher Ukrainehilfe geleistet hat. Trotzdem die Erstellung auch der hiesigen Analyse von der RBSG gefördert wurde, wäre daher bezüglich der oben entwickelten Ideen zur stärkeren Koordination westlicher Programme in Kyiv nunmehr das Engagement weiterer Förderer gefragt.

¹¹⁴ Siehe <http://www.civicua.org/catalogue/viewbycat.html?q=2106>

können. Die Problematik wird für den speziellen deutschen Fall und das Berliner Büro schon dadurch illustriert, dass Bayern eine überproportionale Bedeutung für die deutsche Ukraineförderung hat und somit ein Koordinierungsbüro in München womöglich nicht weniger sinnvoll wäre. Fazit: Eine Koordinierungsstelle in Kyiv wird stets ganz andere Möglichkeiten als ein Büro in einer beliebigen westlichen Hauptstadt haben.

Die erwähnte CIVIC-Ukraine-WWW-Seite, die eine spezielle Unterseite zur Eigendarstellung westlicher Förderer beinhaltet,¹¹⁵ dokumentiert, dass das hier thematisierte Problem auch in Kyiv erkannt ist. Auf den Gemeinsinn und die Eigeninitiative der einzelnen Programme zu vertrauen oder auf die Überzeugungskraft der Koordinierungsidee als solcher zu hoffen, wäre allerdings wenig realistisch. Das hier entstehende, in den westlichen Sozialwissenschaften wohlbekannte „Collective-Action-Problem“ wird letztendlich nur durch die Übernahme der Initiative durch einen konkreten Akteur nachhaltig zu überwinden sein. Koordination gibt es zwar bereits vereinzelt bei den nichtstaatlichen Organisationen und noch öfter bei den staatlichen Organisationen. Ja sie scheint bei den großen Regierungsorganisationen wie Weltbank, EBRD, USAID, UNO und EU oder den Kulturinstituten schon eine gewisse Regelmäßigkeit zu haben. Wenn die SDC jedoch – im Gegensatz zu USAID¹¹⁶ – feststellt, dass „[d]ie Koordination der Förderer in mehreren Sektoren immer noch zu inkonsistent ist“,¹¹⁷ scheint dies der Realität zu entsprechen bzw. bezüglich bestimmter Bereiche noch untertrieben. Systematische länder-, programm- und themenübergreifende Koordination zwischen den staatlichen und nichtstaatlichen Förderern wird nur durch eigens dafür bestimmte Fachkräfte vor Ort, institutionalisierte Foren und spezialisierte Publikationsorgane zu erreichen sein.

Zwar würden die zuletzt vorgeschlagenen Initiativen – so muss eingeräumt werden – einen Teil jener Mittel verschlingen, die ursprünglich für bedürftige ukrainische Empfängerorganisationen bestimmt waren und damit das angedeutete Dilemma der Rückführung von Fördergeldern an Repräsentanten der Geberländer replizieren. Der Gewinn aus einer systematischeren und nachhaltigeren Nutzung der umfangreichen Mittel, die westliche private, öffentliche und staatliche Geber zur Verfügung gestellt haben und anscheinend auch weiterhin stellen werden, würde allerdings – so scheint es zumindest diesem Beobachter – derartige Verluste mittelfristig mehr als ausgleichen.

¹¹⁵ Ebd.

¹¹⁶ USAID/Ukraine Country Strategic Plan for FY 2003–2007, S. 11.

¹¹⁷ Swiss Agency for Development and Cooperation, Country Programme Ukraine 2002–2006, S. 14.

Wie kann westliche Transformationsförderung ihrem Demokratisierungsanspruch gerecht werden? Anregungen nicht nur für deutsche Geber

Fast 15 Jahre nach dem Beginn der Transformationsprozesse in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion fällt die Bilanz aus der Perspektive der westlichen Staatengemeinschaft gemischt aus. Zwar sind Schreckensszenarien, zu denen Anfang der 1990er Jahre beispielsweise auch eine Aufspaltung der Ukraine aufgrund der ethnischen Spannungen zwischen Russen und Ukrainern in die östlichen und westlichen Landesteile gehörte, nicht eingetroffen. Gleichzeitig sind die GUS-Staaten jedoch nach wie vor noch weit von der Etablierung einer effizienten demokratischen Staatsordnung mit einer funktionierenden Marktwirtschaft entfernt. Stattdessen haben sich fast überall in unterschiedlichen Ausprägungsformen relativ stabile, von den herrschenden Eliten gelenkte hybride politische Systeme herausgebildet, welche auch die Wirtschaft weiterhin oder wieder zu beherrschen versuchen.¹ Demokratie existiert darin zwar der Form nach, diese ist aber aufgrund der Einschränkungen von Medienfreiheit, Versammlungsfreiheit und anderen grundlegenden demokratischen Rechten zumindest als defekt zu bezeichnen. Auch an den offensichtlichen Tendenzen, in zahlreichen GUS-Staaten entweder das Prinzip der lebenslänglichen Herrschaft per Volksabstimmung wieder einzuführen oder zumindest in Form von „Adoptionsdemokratien“ die Nachfolgefrage zu steuern, wird erkenntlich, wie beschränkt die Demokratisierungserfolge im postsowjetischen Raum bis heute sind. Bei allen unübersehbaren Problemen mutet dabei die Ukraine, in der das Ergebnis der jüngsten Präsidentschaftswahlen im Vorfeld noch nicht sicher feststand, noch mit am ehesten als ein Hort des Pluralismus an.

Die gemischte Erfolgsbilanz der postsowjetischen Transformationsprozesse ist selbstverständlich nicht einfach durch den fehlenden Willen oder das politische Versagen der herrschenden Eliten in den jeweiligen Ländern zu erklären. Denn bereits zum Zeitpunkt der Auflösung der Sowjetunion war allen Akteuren klar, dass das Dilemma der Gleichzeitigkeit von zu leistendem state-building sowie grundlegendem gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Reformbedarf nicht einfach zu bewältigen sein würde. Zudem wurden diese Prozesse in den vergangenen Jahren auch durch westliche Förderprogramme in erheblichem Maße unterstützt. Wenn es allerdings bis heute eine mühselige Puzzlearbeit ist, den Umfang und die Zweckbestimmung dieser Fördermittel in ihrer Gesamtheit für die einzelnen Länder zu rekonstruieren, wie es Andreas Umland in der vorliegenden Studie eindrücklich verdeutlicht, dann legt dies die Annahme nahe, dass es auf Seiten der westlichen Förderpolitik grundsätzliche Defizite gibt.

Immerhin muss man den westlichen Förderprogrammen zugute halten, dass die Demokratisierungsprobleme in den GUS-Staaten nicht spurlos an ihnen vorbeigegangen sind. Sie haben vielmehr eine grundsätzliche Debatte über die Zweckmäßigkeit westlicher Transformationshilfe nicht nur in den USA, sondern auch in Europa ausgelöst.² Zu den wichtigsten konzeptionellen Ergebnissen dieser Debatten gehört, dass sich westliche Hilfe seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre verstärkt von der Makroebene des Transformationsprozesses abgewandt und der Mikroebene zugewandt hat. Dementsprechend werden seitdem verstärkt die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen sowie die Entwicklung lokaler Gemeinschaften gefördert. Dabei wird

¹ Vgl. Timm Beichelt: Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa. – Opladen: Leske+Budrich 2001; ders.: Autokratie und Wahldemokratie in Belarus, Russland und der Ukraine. Untersuchungen des FKKS 26. – Mannheim: Universität Mannheim 2001.

² Vgl. zur deutschen Debatte neben der von Andreas Umland zitierten Literatur außerdem Hans-Joachim Spanger: Moral versus Interesse? Die Ambivalenz westlicher Demokratiehilfe für Russland, in: Osteuropa, 52. Jg., 7/2002, S. 853–870.

insbesondere auf den Aspekt der „ownership“, demzufolge die inhaltliche Ausrichtung der Fördermaßnahmen wesentlich durch die Nachfrage im Empfängerland bestimmt werden soll, geachtet. Dass es für die Effizienz westlicher Förderprogramme jedoch nicht nur auf die Angemessenheit der Zielsetzung, sondern vielleicht noch mehr auf eine geeignete Organisationsform ankommt, macht die Studie von Andreas Umland deutlich.

Es sind vor allem zwei Aspekte, die Andreas Umland diesbezüglich in den Mittelpunkt stellt: Koordination und Transparenz. Nur wenn die Koordinationsanstrengungen westlicher Geberorganisationen sowohl auf staatlicher als auch nichtstaatlicher Ebene verstärkt werden, so die Hauptthese seiner Studie, kann eine effiziente Mittelvergabe und -nutzung gewährleistet werden. Und nur wenn Klarheit über die geflossenen Finanzmittel herrscht, kann überhaupt eine sinnvolle Evaluation ihrer Wirkung erfolgen. Doch die unzureichende Transparenz vieler Förderprogramme ist noch in anderer Hinsicht verhängnisvoll. Denn sie erschwert nicht nur die von Umland eingeforderte verbesserte Koordination, sondern untergräbt auch die Glaubwürdigkeit westlicher Hilfsprogramme in den Empfängerländern – gehört doch Transparenz zu den wesentlichen Merkmalen von Demokratie, deren Förderung zu den proklamierten Hauptzielen der westlichen Geber gehört. Zwar lassen sich durchaus auch Argumente zugunsten einer eingeschränkten Transparenz bei der Vergabe westlicher Fördermittel anführen. Hierzu ist insbesondere die Schutzfunktion für die geförderten Organisationen zu nennen, wenn deren Image durch den Empfang westlicher Hilfe infolge von Neidreaktionen oder antiwestlichen Einstellungen in der jeweiligen Gesellschaft Schaden nehmen kann bzw. westliche Hilfe durch den Staat kontrolliert oder gar kriminalisiert zu werden droht. Erfolgreiche Demokratisierung setzt in jedem Falle jedoch auch eine Transparenz der Tätigkeit westlicher Geberorganisationen voraus. Ansonsten droht diese die in der Gesellschaft des Empfängerlands vorhandenen Konfliktlinien sogar zu verschärfen anstatt zu einer größeren Akzeptanz von zivilgesellschaftlichen Ansätzen beizutragen.

Welche Vorteile könnte nun eine verbesserte Koordination der westlichen Finanzhilfen mit sich bringen? Die Studie von Andreas Umland nennt hier zwei wesentliche Argumente: eine Doppelung von Förderungen könne vermieden und zudem ausgeschlossen werden, dass bestimmte Nichtregierungsorganisationen ein und denselben Antrag an mehreren Stellen einreichen. Darüber hinaus ergeben sich jedoch noch weitere Potenziale, aber auch offene Fragen. So könnte durch einen Austausch der Förderdaten einer zu hohen finanziellen Abhängigkeit insbesondere der geförderten Nichtregierungsorganisationen von westlichen Quellen entgegengewirkt werden. Dass diese zum Teil extrem hoch ist und damit ein Hindernis für die innergesellschaftliche Verankerung der NGOs darstellt, verdeutlichen auch die von Andreas Umland ausgewählten Fallbeispiele der Kyiver Organisationen „Gurt“ und „Zentrum für Philanthropie“. Darüber hinaus könnte eine verstärkte Koordination den Verwaltungsaufwand für die einzelnen Förderprogramme verringern, indem beispielsweise die Evaluationsverfahren vereinheitlicht würden. Allerdings birgt das Koordinationsgebot auch die Gefahr des Aufbaus einer zusätzlichen Bürokratie für Abstimmungszwecke. Hierunter könnte insbesondere die Zeitnähe der Projektförderung und damit auch die Bedarfsnähe der Programme leiden.

Der Erfolg von Koordination hängt selbstverständlich auch wesentlich davon ab, von wem diese Funktion ausgeübt wird. Andreas Umland zufolge nimmt für die Ukraine die Kyiver UN-Vertretung bereits gewisse Koordinationsaufgaben zwischen einzelnen Geberländern wahr. Ähnliches lässt sich auch für andere GUS-Länder beobachten. Aufgrund ihres neutralen und umfassenden Status muss die UNO prinzipiell als geeignete Koordinationsstruktur gelten. Allerdings scheinen angesichts der schwachen Autorität der UNO sowie ihrer Abhängigkeit von den Zuwendungen einzelner Nationalstaaten die Möglichkeiten der Weltorganisation, Impulse insbesondere im Bereich der Strategieentwicklung zu geben, begrenzt. Die Frage nach einer geeigneten Koordinierungsstruktur muss daher vorläufig weiter als offen gelten. Ein besonderes Problem stellt dabei das Zusammenspiel von großen und kleinen Geberorganisationen dar. Aufgrund ihrer geringeren Verwaltungskapazitäten ist es leicht nachvollziehbar, dass die kleineren

Geber bisher weniger in Koordinierungsbemühungen einbezogen sind als die weltweit agierenden bekannten internationalen Organisationen. Vergrößert wird dieses Problem durch die von Andreas Umland in aller Schärfe aufgeworfene Frage, inwiefern kleinere Geberorganisationen im Schatten der großen überhaupt sinnvolle Projektfinanzierung leisten können.

Eine Möglichkeit, die sich bei der Lektüre der Studie von Andreas Umland aufdrängt, wäre, dass sich kleinere Geber nur in den Bereichen engagieren sollten, die noch nicht von den großen besetzt sind. Allerdings fallen einem beim Nachdenken kaum Bereiche ein, die dann noch für diese als Tätigkeitsfelder in Frage kämen. Eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen großen und kleinen Gebern muss folglich anders aussehen. Ihre einfachste Form wäre die unterschiedliche Konzentration auf Makro- und Mikroprojekte, wobei die kleineren Geber für die Mikroprojekte zuständig wären. Komplexer wäre die Vorstellung, dass die kleineren Geber neue Förderansätze für die großen Geberorganisationen vortesten könnten. Noch wichtiger könnte jedoch die Funktion kleinerer Geber sein, zur Professionalisierung von bisher weniger profilierten Nichtregierungsorganisationen vor Ort beizutragen und diese damit zum effizienten Umgang mit den Fördermitteln größerer Geber und ihrer zum Teil komplizierten formalen Anforderungen zu befähigen. Dadurch könnte auch vermieden werden, dass die großen Geber über Jahre hinweg faktisch nur eine beschränkte Klientel der Zivilgesellschaft bedienen.

Ein weiteres Problem, das Andreas Umland zu Recht in den Vordergrund rückt, ist die Frage, wie hoch der Anteil der Fördermittel ist, die nicht unmittelbar dem Zielland zugute kommen, sondern Reinvestitionen in das Geberland über Honorare etc. darstellen bzw. für die Durchführung der geleisteten Hilfe in Form von Verwaltungskosten u.ä. verwendet werden. Solange dieser Anteil nicht bekannt ist, bieten die Statistiken der geflossenen Fördermittel ein geschöntes Bild, das eine Einschätzung der Wirkungen für die Transformationsländer erschwert. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die vorherrschende Definition der „Technischen Hilfe“ bzw. der „Technischen Zusammenarbeit“ mit ihrem Fokus auf Beratung, Fortbildung und Monitoring bereits einen hohen Reinvestitionsanteil nahe legt.³ Als ernst zu nehmendes Argument hierfür wird von den verantwortlichen Stellen in der Regel angeführt, dass durch die geleistete Förderung keine Abhängigkeiten geschaffen werden sollen. Allerdings besteht gegenwärtig das Problem der Abhängigkeit, wie bereits gezeigt, trotz oder vielleicht sogar gerade wegen dieser Förderungspraxis, welche den Aspekt der Herausbildung langfristig funktionsfähiger Organisationsstrukturen vor Ort vernachlässigt.

Offensichtlich verfügen die meisten westlichen Geberorganisationen bisher über kein sicheres Erfolgsrezept, um die angestrebte Nachhaltigkeit der von ihnen geförderten Projekte und Organisationen tatsächlich zu erreichen. Die von Andreas Umland offensichtlich präferierte Vorgehensweise, einheimische Kräfte, die auch nach Beendigung der Förderung im Land bleiben, mit der Projektdurchführung zu beauftragen, könnte ein wichtiger Ansatz in diese Richtung sein. Die vorrangige Förderung von Partnerschaftsprojekten, bei denen einheimische und ausländische Partner bereits vor der Finanzierung durch den westlichen Geber über einen längeren Zeitraum zusammengearbeitet haben, erhöht ebenfalls die Chancen auf eine Fortführung der Projektarbeit nach Einstellung der Förderung erheblich, wie beispielsweise die Erfahrungen des Förderprogramms Belarus beweisen.⁴ Demgegenüber führen viele andere westliche Geber bisher einheimische und ausländische Partner lediglich für ein spezifisches Projekt zusammen. Allerdings muss im ersten Falle gewährleistet sein, dass durch ein Begleitprogramm auch neue Partnerschaften entstehen können, um einen geschlossenen Kreis der Förderberechtigten zu vermeiden. Durch bedarfsgerechte Maßnahmen zur Organisationsentwicklung, die parallel zur

³ Vgl. beispielsweise die Definition im Glossar auf der Homepage des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unter www.bmz.de, in der die *Entsendung* von Beratern etc. bezeichnenderweise an erster Stelle steht.

⁴ Vgl. Zum Förderprogramm Belarus II: Sonderausgabe der Belarus-News, 2003, hrsg. vom Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk in Dortmund.

spezifischen Projektförderung durchgeführt werden, lassen sich die Handlungskapazitäten vor Ort ebenfalls langfristig steigern. Da Organisationsentwicklung jedoch einen langfristigeren Prozess darstellt, kann sie lediglich im Rahmen von mehrjährigen, flexibel gestalteten Programmen sinnvoll gefördert werden.

Letzten Endes kommt es aber vor allem darauf an, dass die innenpolitischen Rahmenbedingungen den Nichtregierungsorganisationen überhaupt die Chance geben, ihre Tätigkeit der Bevölkerung öffentlich ungehindert zu präsentieren und hierfür ausreichend einheimische Mittel zu akquirieren. Geber und Geförderte müssten sich daher gemeinsam für eine Verbesserung dieser Rahmenbedingungen, zu denen beispielsweise auch ein entsprechendes Gemeinnützigkeitsrecht gehört, engagieren. Die Möglichkeiten für ein solches Engagement würden sich im Falle einer verbesserten Koordination der internationalen Förderorganisationen selbstverständlich ebenfalls erhöhen. Darüber hinaus würden die Empfänger westlicher Förderung durch eine derartige „Vorbildrolle“ der internationalen Geber verstärkt zur – bisher häufig nur auf dem Papier proklamierten – Netzwerkbildung im eigenen Land motiviert und befähigt.

Einer umfassenderen Koordination internationaler Geberaktivitäten scheinen jedoch auch die vorhandenen Differenzen zwischen anglophonen und nicht-anglophonen Förderprogrammen, die von Andreas Umland hervorgehoben werden, entgegen zu stehen. Bezeichnenderweise nennt Umland in seinen Fallbeispielen keine ukrainische NGO, die sowohl aus dem angelsächsischen Raum als auch aus anderen EU-Staaten Hilfe erhalten hätte. Darüber hinaus wurde Umland zufolge beispielsweise das schon erwähnte Problem der Reinvestitionseffekte in den USA wesentlich intensiver und kritischer diskutiert als in Europa. Allerdings bleibt offen, zu welchen Ergebnissen diese Debatten geführt haben. Hierzu könnte beispielsweise die Einführung von prozentualen Höchstgrenzen gehören, auf welche sich die Geberorganisationen verpflichten würden. Insgesamt kommt Umland zu dem für die EU-Staaten wenig schmeichelhaften Ergebnis, dass die USA mit großem Abstand in der einzelstaatlichen Förderung der Ukraine führend sind – und die Ukraine ist damit innerhalb der GUS kein Einzelfall zu sein. Mendelson und Glenn zufolge hat die US-amerikanische Regierung in den ersten zehn Jahren seit der Auflösung der Sowjetunion insgesamt US\$10,278 Mrd. an Transformationshilfen in die GUS-Staaten gegeben, während sich der EU-Beitrag lediglich auf US\$4,995 Mrd. beläuft. Die von der EU geleistete Demokratisierungshilfe habe dabei sogar lediglich zwischen 3,5% und 19,5% der für diesen Zweck jährlich bereit gestellten US-Mittel betragen.⁵

Als eklatantes Beispiel hierfür kann die Vergabe von TACIS-Mitteln an Belarus gelten. So brauchte das 1997 vom europäischen Parlament verabschiedete TACIS-Democracy-Programm insgesamt vier Jahre, bis mit der Projektumsetzung begonnen werden konnte – wobei nur etwa die Hälfte dieser Zeit auf die unwillige Haltung der belarussischen Regierung zurückzuführen war, während die andere Hälfte den bürokratischen EU-Prozeduren zu Last gelegt werden konnte. Viele der geförderten NGOs hatten daher zu Beginn der EU-Förderung das beantragte Projekt bereits längst mit US-amerikanischen Mitteln durchgeführt – und wiederholten es anschließend quasi noch einmal mit EU-Mitteln. Obwohl das von Andreas Umland gezeichnete Bild, wie er selbst anmerkt, auch durch die stärkere Zentralisierung der US-amerikanischen Förderung bedingt ist und sich bei einer Berücksichtigung sämtlicher in der EU existierenden Förderöpfe differenzieren dürfte, wird doch deutlich, dass sich die EU wichtige Möglichkeiten der Einflussnahme und Kooperation vergibt, die ihr gerade in den neuen EU-Nachbarstaaten besonders wichtig sein sollten. Insofern richtet sich der Appell, die bisherige Förderpraxis zu reflektieren sowie neu und besser zu gestalten, insbesondere an die EU und ihre Mitgliedsstaaten. Dass Deutschland, dessen vielfältige Förderinitiativen sich bisher nicht gerade durch umfassende Transparenz auszeichneten, hierbei eine Vorreiterrolle übernimmt, sollte sich angesichts seiner sonstigen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den postsowjetischen Staaten eigentlich von selbst verstehen.

⁵ Sarah E. Mendelson/John K. Glenn, Hg.: *The Power and Limits of NGOs. A Critical Look at Building Democracy in Eastern Europe and Eurasia.* – New York: Columbia University Press 2003, S. 6.

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

ISSN 1616-7384

- No. 54 **Entrepreneurial Strategies and Trust. Structure and Evolution of Entrepreneurial Behavioural Patterns in “Low Trust” and “High Trust” Environments of East and West Europe**
Part 1: A Review
By Hans-Hermann Höhmann and Friederike Welter (editors)
(January 2004)
- No. 55 **Entrepreneurial Strategies and Trust. Structure and Evolution of Entrepreneurial Behavioural Patterns in “Low Trust” and “High Trust” Environments of East and West Europe**
Part 2: East and West Germany
By Hans-Hermann Höhmann and Friederike Welter (editors)
(January 2004)
- No. 56 **Entrepreneurial Strategies and Trust. Structure and Evolution of Entrepreneurial Behavioural Patterns in “Low Trust” and “High Trust” Environments of East and West Europe**
Part 3: Italy and Great Britain
By Hans-Hermann Höhmann and Friederike Welter (editors)
(January 2004)
- No. 57 **Entrepreneurial Strategies and Trust. Structure and Evolution of Entrepreneurial Behavioural Patterns in “Low Trust” and “High Trust” Environments of East and West Europe**
Part 4: Estonia and Russia
By Hans-Hermann Höhmann and Friederike Welter (editors)
(January 2004)
- Nr. 58 **Die Entstehung der „Zweiten Kultur“ in Leningrad**
Am Beispiel der Zeitschrift „Časy“ (1976–1990)
Von Katja Claus
(März 2004)
- Nr. 59 **Putin auf dem Weg in die zweite Amtszeit**
Machtsicherung und Politikgestaltung
Von Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder (Hg.)
(März 2004)
- Nr. 60 **„Neues Europa?“ Osteuropa 15 Jahre danach**
Beiträge für die 12. Brühler Tagung junger Osteuropa-Experten.
Veranstaltet von: Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, KonferenzCentrum der Bundeszentrale für politische Bildung, Brühl, Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin
(April 2004)
- Nr. 61 **Wirtschaftskultur in Osteuropa**
Bremer Ansatz und Bremer Projekte
Von Hans-Herrmann Höhmann und Heiko Pleines (Hg.)
(September 2004)
- Nr. 62 **Wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderungen für Russland**
Heiko Pleines / Hans-Henning Schröder (Hg.)
(November 2004)

Bezugspreis pro Heft: 4 Euro + Portokosten

Abonnement (10 Hefte pro Jahr): 30 Euro + Portokosten

Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de
Forschungsstelle Osteuropa, Publikationsreferat, Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen

Aktuelle Bücher aus der Forschungsstelle Osteuropa

Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa

- Bd. 19 **Heiko Pleines:**
Ukrainische Seilschaften
Informelle Einflüsse in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992–2004
LIT-Verlag (Münster) 2005 (in Vorbereitung), 208 S., br., ISBN 3-8258-8283-7, Euro 19,90
- Bd. 18 **Wolfgang Schlott:**
Polnische Prosa nach 1990
Nostalgische Rückblicke und Suche nach neuen Identifikationen
LIT-Verlag (Münster) 2004, 224 S., br., ISBN 3-8258-7916-X, Euro 19,90
- Bd. 17 **Silvia Miháliková:**
Zwischen Kreuz und Europastern
Politische Symbolik in der Slowakei
LIT-Verlag (Münster) 2004 (im Druck), 208 S., br., ISBN 3-8258-7623-3, Euro 24,90
- Bd. 16 **Stefanie Harter, Jörn Grävingholt, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder:**
Geschäfte mit der Macht
Wirtschaftseliten als politische Akteure im Russland der Transformationsjahre 1992–2001
Edition Temmen (Bremen) 2003, 380 S., Hardcover, ISBN 3-86108-339-6, Euro 20,90
- Bd. 15 **Christian Meier, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):**
Ökonomie – Kultur – Politik. Transformationsprozesse in Osteuropa
Festschrift für Hans-Hermann Höhmann
Edition Temmen (Bremen) 2003, 346 S., Hardcover, ISBN 3-86108-346-9, Euro 20,90
- Bd. 14 **Hans-Hermann Höhmann, Heiko Pleines (Hg.):**
Wirtschaftspolitik in Osteuropa zwischen ökonomischer Kultur, Institutionenbildung und Akteursverhalten
Russland, Polen und Tschechische Republik im Vergleich
Edition Temmen (Bremen) 2003, 245 S., Hardcover, ISBN 3-86108-347-7, Euro 20,90
- Bd. 13 **Forschungsstelle Osteuropa (Hg.):**
Kommerz, Kunst, Unterhaltung
Die neue Popularkultur in Zentral- und Osteuropa
Edition Temmen (Bremen) 2002, 343 S., Hardcover, ISBN 3-86108-345-0, Euro 20,90
- Bd. 12 **Hans-Hermann Höhmann, Jakob Fruchtman, Heiko Pleines (Hg.):**
Das russische Steuersystem im Übergang
Rahmenbedingungen, institutionelle Veränderungen, kulturelle Bestimmungsfaktoren
Edition Temmen (Bremen) 2002, 343 S., Hardcover, ISBN 3-86108-366-3, Euro 20,90

Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik (LIT Verlag)

- Bd. 33 **Heiko Pleines:**
Wirtschaftseliten und Politik im Russland der Jelzin-Ära (1994–99)
LIT Verlag (Hamburg) 2003, 444 S., ISBN 3-8258-6561-4, Euro 30,90
- Bd. 32 **Jakob Fruchtman, Heiko Pleines:**
Wirtschaftskulturelle Faktoren in der russischen Steuergesetzgebung und Steuerpraxis
LIT Verlag (Hamburg) 2002, ISBN 3-8258-6257-7, Euro 20,90

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

RussiaWeeklyInfo

„RussiaWeeklyInfo“ ist eine wöchentliche ca. 10-seitige Zusammenstellung aktueller Nachrichten zu Russland (in englischer und deutscher Sprache). Abgedeckt werden die Themenbereiche Wirtschaft und Soziales, Innenpolitik, Medien und öffentliche Meinung.

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse. Abonnenten von „RussiaWeeklyInfo“ erhalten die Russlandanalysen automatisch.

Publications on Russia

„Publications on Russia“ informiert zweimonatlich über englisch- und deutschsprachige monographische Neuerscheinungen zu Rußland. Halbjährlich gibt „Publications on Russia“ zusätzlich einen Überblick über neue Aufsätze in wissenschaftlichen Zeitschriften. Abgedeckt werden jeweils die Themenbereiche Politik, Wirtschaft und Soziales, Transformation und Wirtschaftskultur, öffentliche Meinung sowie Kultur.

Publications on Ukraine

„Publications on Ukraine“ informiert vierteljährlich über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zur Ukraine. Erfasst werden wissenschaftliche Monographien und Aufsätze. Abgedeckt werden die Themenbereiche Geschichte, Politik, Außenpolitik, Wirtschaft, Nationalitäten und Kultur.

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfasst werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Bremer Russland-Netz

Das Bremer Russland-Netz bietet Hinweise auf Russland-bezogene Veranstaltungen und Publikationen in und aus Bremen. Gleichzeitig soll es Bremer Russland-Interessierte untereinander vernetzen.

Alle E-Mail Dienste können kostenlos abonniert werden bei

publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de

Dabei bitte angeben, welche der E-Mail Dienste gewünscht werden.